

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

1·10

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34 - 36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

Die Aschewolke und die Sparprogramme der Regierungen. Asche auf das Haupt derer, die zuviel Geld ausgegeben haben. Oder auch zuwenig und damit die Konjunktur gebremst haben. Oft liegt der richtige Weg im Nebel. Unserer Mandantenbrief bietet aber eine optimale Orientierungshilfe.

**Neues aus Deutschland
Neues aus Italien**

Seite 2

**Gesellschaftsrecht
Geistiges Eigentum**

Seite 4

Arbeitsrecht

Seite 6

Schaden und Recht

Seite 8

Informationen für Kollegen

Seite 10

**Steuerrecht, Vertriebsrecht
Recht & Reise, Recht & Schule**

Seite 12

**Immobilien Italien
Neues aus Europa**

Seite 12

Neues aus Dolce · Lauda

Seite 14

La cenere vulcanica ed i tagli del governo: si cosparga il capo di cenere chi ha speso troppo, oppure troppo poco, frenando così la ripresa. Spesso la strada giusta è immersa nella nebbia. La nostra lettera ai clienti può essere un ottimo aiuto per l'orientamento.

**Ultime dalla Germania
Ultime dall'Italia**

Pagina 3

**Diritto societario
Proprietà intellettuale**

Pagina 5

Diritto del lavoro

Pagina 7

Danno e diritto

Pagina 9

Informazioni per colleghi

Pagina 11

**Diritto Tributario, Distribuzione
Diritto e Viaggio, Diritto e Scuola**

Pagina 13

**Pagina immobiliare
Ultime dall'Europa**

Pagina 15

Ultime da Dolce · Lauda

Pagina 16



*Soviel Asche – und doch kein Geld
(Seite 6)*

*Tanta cenere – pochi contanti.
Gioco di parole tedesco intraducibile.
(Pagina 7)*

NEUES AUS DEUTSCHLAND

P-Konto eingeführt

Ab dem 01.07.2010 hat jeder Bürger Anspruch auf ein sogenanntes P-Konto (Pfändungsschutzkonto), das ihm jede Bank einräumen muss. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohne Bankkonto heute praktisch nicht möglich ist. Auch Schuldner, die aufgrund Pfändungen und anderen Negativmerkmalen kein Konto mehr eröffnen könnten, werden in Zukunft über eine Bankverbindung verfügen, die nur im Haben geführt werden darf. Das Konto ist dann innerhalb der Pfändungsfreigrenze von Kontopfändungen geschützt.

Google über Deutschland

Mit seinem Projekt „Street View“ begann der Internetkonzern Google in Deutschland jeden Straßenzug zu fotografieren. Daraus folgte eine rege Diskussion, inwieweit Hauseigentümer sich dagegen wehren können, dass ihr Haus ins Netz gestellt wird. Einzelne Gemeinden haben im Rathaus sogar Stellen eingerichtet, in denen betreffende Bürger ihrer Beschwerden sammeln können.

Mittlerweile hat sich ergeben, dass Google beim Fotografieren der Straßenzüge auch sämtliche Daten aus den privaten WLAN-Netzen speichern konnte. Nach einer kurzen Auseinandersetzung und heftigen Protesten von Datenschutzbehörden hat Google die Arbeiten zu „Street View“ (zumindest in Deutschland) jetzt unterbrochen und sich bereit erklärt, die gespeicherten Datensätze an die deutschen, französischen und spanischen Datenschutzbehörden herauszugeben (Quelle: Spiegel Online vom 04.06.2010).

Englisch als Gerichtssprache

§ 184 Gerichtsverfassungsgesetz legt fest: Die Gerichtssprache ist Deutsch. Der deutsche Gesetzgeber befürchtet, dass dadurch im internationalen „Forumshopping“ ein Wettbewerbsnachteil entstehen könnte und beabsichtigt nun, auch Englisch als Gerichtssprache für internationale Handelssachen einzuführen. So hat der Bundesrat am 07.05.2010 einen Gesetzesentwurf zur Einführung von „Kammern für internationale Handelssachen KfiHG“ beschlossen, bei denen Verfahren auch in englischer Sprache geführt werden könnten.

Ein Projekt des Landes Nordrhein-Westfalens für den Gerichtsbezirk des OLG Köln sieht bereits jetzt die Möglichkeit vor, dass Parteien bei Handelssachen im allseitigen Einverständnis in Englisch verhandeln können, wobei Schriftsprache die deutsche Sprache bleibt.

Stärkere Kontrolle von Rating-Agenturen

Das Bundeskabinett hat das Ausführungsgesetz zur EU-Rating-Ordnung verabschiedet, das zu einer strengeren Kontrolle von Rating-Agenturen führen soll. Die neuen Regeln dienen der Vermeidung von Interessenkonflikten und sollen zu mehr Transparenz führen. Es sind neue Informationspflichten eingeführt worden und bei Verstößen drohen den Agenturen Bußgeldern bis zu einer Million Euro. Die Zuständigkeit soll ab dem 01.01.2011 auf die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (Esma) übergehen, bis dahin übernimmt die Bafin die Finanzaufsicht.

NEUES AUS ITALIEN

Gesetzlicher Zinssatz

Zum 01.01.2010 wurde der gesetzliche Zinssatz in Italien (Artikel 1284 Zivilgesetzbuch) auf nur 1% gesenkt (Artikel 1284 cc).

Nachstehend eine Übersicht zur Entwicklung des gesetzlichen Zinssatzes seit Inkrafttreten des Codice Civile.

Tag	Monat	Jahr	Zinssatz
21	April	1942	5.0 %
16	Dezember	1990	10.0 %
01	Januar	1997	5.0 %
01	Januar	1999	2.5 %
01	Januar	2001	3.5 %
01	Januar	2002	3.0 %
01	Januar	2004	2.5 %
01	Januar	2008	3.0 %
01	Januar	2010	1.0 %

Google über Italien

Das Landgericht Mailand hat am 24.02.2010 italienische Google-Manager wegen dem Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen strafrechtlich verurteilt. Google hatte über youtube ein Video ins

Netz gestellt, in dem ein behinderter Junge von gleichaltrigen gehänselt und geschlagen wurde. Die Mailänder Richter waren der Auffassung, dass hier das Persönlichkeitsrecht des Jungen verletzt wurde und dass die verantwortlichen Google-Vertreter als Betreiber der Suchmaschine hierfür zur Verantwortung gezogen wurden. Es erging eine Haftstrafe von sechs Monaten, die Manager haben Berufung eingelegt (Quelle Sole24ore vom 25.02.2010)

2011: Obligatorisches Schlichtungsverfahren in Italien

Ein Gesetzesdekret (vom 04.03.2010 Nr. 28) hat umfassend das Schlichtungsverfahren geregelt und sieht vor, dass ab März 2011 in Streitigkeiten über Nachbarrecht, dingliche Rechte, Teilungen, Erbschaftssache, Familienvertrag („patto di famiglia“), Miete, Leihe, Unternehmenspachtverträge, Schadensersatz nach Auto- bzw. Bootsunfällen, Arzthaftung, üble Nachrede durch Druckwerke oder durch andere Mittel, Versicherungsverträge, Bank- und Finanzverträge vor Einleitung des Gerichtsverfahrens ein Schlichtungsverfahren zwingend durchzuführen ist. Das Verfahren darf vier Monate nicht überschreiten und wird vor privaten oder öffentlichen Schlichtungsorgane auf Antrag einer Partei durchgeführt.

Der Schlichter muss unabhängig sein und muss eine einvernehmliche Lösung der Streitigkeit ggf. durch Unterbreitung eines Vergleichsvorschlages verfolgen. Wird eine Einigung durch den Schlichter protokolliert, kann sie auf Antrag vom Landgericht für vollstreckbar erklärt werden.

Dieses Gesetzesdekret, das auch auf grenzüberschreitende Streitigkeiten in Durchsetzung der Richtlinie 2008/52/EG anzuwenden ist, verfolgt angeblich die Entlastung der Gerichte, die Reduzierung der Verfahrenskosten und den sozialen Frieden. Es ist jedoch seitens der italienischen Anwaltschaft heftig kritisiert worden, weil damit nur eine zusätzliche (vor)Instanz geschaffen werden würde, in der kein Anwaltszwang bestehe und somit eine potentielle Verletzung der Verteidigungsrechte der Parteien in Kauf genommen werde.

Die Anwälte haben außerdem bereits jetzt ihre Mandatschaft schriftlich auf das Schlichtungsverfahren hinzuweisen, sonst ist das Mandatsverhältnis anfechtbar.

ULTIME DALLA GERMANIA

Google sulla Germania

Con il suo progetto „Street View“, Google ha iniziato a fotografare ogni strada in Germania, facendo sorgere un'ampia discussione sul fronte dei proprietari degli immobili, i quali non volevano ritrovarsi la propria abitazione fotografata su internet. Alcuni Comuni tedeschi hanno già aperto degli uffici pubblici dove poter depositare la propria richiesta di reclamo.

Medio tempore, si è appurato che con la fotografia delle strade, Google ha potuto registrare anche dati privati derivanti dai modem WI-FI. Dopo ampia discussione e proteste da parte dei vari uffici pubblici a tutela dei dati personali, Google ha finalmente sospeso i lavori di „Street View“ (quantomeno in Germania), dichiarandosi disposta a fornire i dati registrati agli uffici tedeschi, francesi e spagnoli. (Fonte: Spiegel Online dd. 04.06.2010).

Lingua processuale: English for lawyers

Ai sensi del § 184 della legge tedesca sulla composizione degli organi giudiziari, la lingua processuale è quella tedesca. Il legislatore tedesco, temen-

do che con il „Forumshopping“ sempre più in vogue possa sorgere uno svantaggio per i fori tedeschi, pare sia intenzionato ad introdurre una seconda lingua processuale: l'inglese. Tale lingua andrebbe applicata su questioni vertenti sul diritto commerciale internazionale. Ed infatti, il Bundesrat ha avanzato in data 07.05.2010 una proposta di legge per la costituzione di „Kammern für internationale Handelssachen (KfiHG)“ ovvero una sezione specializzata per le questioni di diritto internazionale commerciale, dove le cause possono essere trattate anche in inglese.

La regione del Nordrhein-Westfalen ha già elaborato un progetto per il distretto della Corte d'Appello di Colonia, in base al quale - su accordo delle parti - il processo orale potrà essere condotto in inglese, mentre gli scritti difensivi dovranno essere redatti in tedesco.

Introduzione del cd. conto „P“

A partire dall'1.07.2010 in Germania ogni cittadino ha diritto ad un cd. „conto P“ (Pfändungsschutzkonto, „conto antipignoramento“) da parte della propria banca. Tale iniziativa è sorta dalla

necessità riscontrata nella quotidianità di essere titolari di un conto in banca per poter interagire con i propri consociati. Tale diritto deve essere ora garantito anche ai debitori che in passato non avevano la possibilità di aprire o mantenere un conto in seguito al pignoramento dello stesso o per informazioni negative. Tale conto potrà essere utilizzato solo in avere e non potrà essere pignorato.

Maggiori controlli sulle agenzie rating

Il Bundeskabinett (Governo Tedesco) ha dato attuazione alla direttiva UE sul Rating volta ad introdurre misure di maggior controllo su tali agenzie, garantendo un certo grado di trasparenza e prevenendo con ciò conflitti d'interesse. In particolare sono stati introdotti specifici obblighi d'informativa così come sanzioni molto elevate - sino ad un milione di Euro - in caso di violazione. Sino al 01.01.2011 sarà la Bafin in Germania a controllare l'operato, mentre in epoca successiva tale ruolo verrà svolto dall'Esma.

ULTIME DALL'ITALIA

Google sull'Italia

Il Tribunale di Milano, con sentenza del 24.02.2010, ha condannato un dirigente italiano di Google, in quanto colpevole di aver violato le regole inerenti alla protezione dei dati personali. Google aveva inserito in rete, tramite youtube, un video nel quale un ragazzino disabile veniva deriso e maltrattato da alcuni suoi coetanei. I giudici milanesi sono del parere che in questo sia stata lesa la personalità e dignità del ragazzo disabile, sostenendo allo stesso tempo che la dirigenza di Google debba reputarsi responsabile. Il tribunale ha emesso una condanna per sei mesi di reclusione; i manager di Google hanno, tuttavia, presentato appello (tratto da Il Sole 24ore, 25 febbraio 2010).

Tasso d'interesse legale

Il tasso d'interesse legale in Italia (art. 1284 del codice civile) è stato ridotto all'1%. La riduzione è entrata in vigore l'1 gennaio 2010

Nella versione tedesca a latere viene riportato l'andamento del tasso d'interesse legale dall'entrata in vigore del codice civile.

Nel 2011 in Italia diventa obbligatoria la mediazione

Il decreto legislativo del 04.03.2010 n. 28 ha disciplinato esaustivamente la mediazione e prevede che dal marzo 2011 in controversie in materia di condominio, diritti reali, divisione, successioni ereditarie, patti di famiglia, locazione, comodato, affitto di aziende, risarcimento del danno derivante dalla circolazione di veicoli e natanti, da responsabilità medica e da diffamazione con il mezzo della stampa o con altro mezzo di pubblicità, contratti assicurativi, bancari e finanziari sia obbligatorio, prima di intentare l'azione giudiziaria, esperire un procedimento di mediazione. Tale procedimento non può durare oltre quattro mesi e si svolge, innanzi ad organismi di mediazione pubblici o privati, su istanza di parte.

Il mediatore deve essere imparziale e deve perseguire una composizione amichevole della controversia ed eventualmente proporre una transazione. Se l'accordo viene raggiunto, il mediatore forma processo verbale che può essere dichiarato esecutivo dal tribunale su richiesta di parte.

Questo decreto, che trova applicazione anche alle controversie transfrontaliere in applicazione della Direttiva 2008/52/CE persegue lo sgravio dei tribunali, la riduzione dei costi dei procedimenti e la pace sociale.

È stato tuttavia contestato con veemenza dall'avvocatura italiana, in quanto creerebbe unicamente un'ulteriore istanza preliminare in cui non sussiste obbligo di patrocinio e pertanto comporterebbe l'accettazione del rischio di una minore tutela dei diritti delle parti.

Gli avvocati già da adesso sono tenuti ad avvisare i loro clienti della possibilità di avvalersi del procedimento di mediazione, in mancanza il contratto con l'avvocato è annullabile.



GESELLSCHAFTSRECHT

Der Aktionär einer EinmannAG unterliegt keinem Stimmverbot (UniCredit-HVB)

Gemäß § 136 Abs. 1 Satz 1 AktG soll ein Aktionär in eigener Sache nicht bei der Beschlussfassung mitwirken dürfen; kein Aktionäre sollte „Richter in eigener Sache“ sein. Aus diesem Grunde konnte UniCredit in der Hauptversammlung der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank im Juni 2007 sich nicht dagegen wehren, dass Minderheitsaktionäre einen besonderen Vertreter bestellten, der angebliche Schadensersatzansprüche gegen den Mehrheitsaktionär UniCredit geltend machen sollte. Nach dem dann folgenden „Squeeze out“, d. h. nachdem die Minderheitsgesellschafter abgefunden wurden und UniCredit alleiniger Gesellschafter von HVB wurde, beschloss die Gesellschafterversammlung durch ihren einzigen Gesellschafter UniCredit, den Bestellungsbeschluss wieder aufzuheben. Dagegen klagte der besondere Vertreter mit Hinweis auf die Vorschrift des § 136 Abs. 1 AktG.

Der von den Minderheitsaktionären bestellte besondere Vertreter, Rechtsanwalt Thomas Heidel, hatte vor dem Landgericht München noch Erfolg, das Oberlandesgericht München gab demgegenüber der HVG und damit UniCredit Recht (OLG München, 7 U 4744/09). Der Kollege Heidel hat angekündigt, Beschwerde beim BGH einzulegen (Quelle: Financial Times vom 05.03.2010).

Haftung des Abschlussprüfers bei Mitverschulden des Geschäftsführers

Eine Kommanditgesellschaft wurde von einem Abschlussprüfer geprüft, der es sich sehr einfach machte: Er ließ sich nicht alle Bankbestätigungen vorlegen, sondern vertraute auf eine Vollständigkeitserklärung des Geschäftsführers. Dadurch blieben „schwarze Kassen“ verborgen, die zu einem

Schaden bei der Gesellschaft führten. Diesen möchte die Gesellschaft nun vom Abschlussprüfer ersetzt erhalten.

Der BGH sieht eine Pflichtverletzung des Abschlussprüfers, der sich selbstverständlich nicht auf die Erklärung des Geschäftsführers hätte verlassen dürfen. Er hätte die Prüfung selbst vornehmen müssen. Die Gesellschaft hat sich aber auch das Verhalten ihres Geschäftsführers, der die Prüfung erschwert hat und die falsche Erklärung abgegeben hatte, zurechnen zu lassen. Dieses Mitverschulden hat der Bundesgerichtshof mit einem Drittel festgesetzt, sodass der Abschlussprüfer in dem entschiedenen Fall nur 2/3 des Schadens ersetzen musste (BGH Urteil vom 10.12.2009, VII ZR 42/08).

Satzungsgemäße Beschränkung der Redezeit in Hauptversammlungen

Die Hauptversammlung ist die Bühne für alle Aktionäre, um von ihrem Rede- und Fragerecht Gebrauch zu machen. In einer großen deutschen Aktiengesellschaft wurde jetzt in der Satzung eine Redezeitbeschränkung aufgenommen, die von einzelnen Aktionären im Wege der Anfechtungsklage angefochten wurde. Die Anfechtung führt aber nicht zum Erfolg, der BGH hält die Redezeitbeschränkung für zulässig – u. a. um auch allen Gesellschaftern die Möglichkeit der aktiven Teilnahme zu ermöglichen und dem „Leitbild“ der eintägigen Hauptversammlung zu entsprechen (BGH, Urteil vom 08.02.2010, II ZR 94/08).

Ausschluss vom Cash-Pool ist kein existenzvernichtender Eingriff

Beim sog. „cash-pooling“ wird die Liquidität von Gesellschaften, die dem gleichen Konzern angehören, intern ausgeglichen, sodass nicht etwa

die Tochter im Geld schwimmen kann, während die Mutter Bankdarlehen aufnehmen muss.

Von einem existenzvernichtenden Eingriff spricht die Rechtsprechung dann, wenn ein Gesellschafter einer GmbH dieser soviel Vermögen entzieht, dass sie insolvent wird.

Das Oberlandesgericht Köln hat in seinem Urteil vom 18.12.2008 festgestellt, dass allein der Ausschluss einer Gesellschaft aus dem Cash-Pooling des Konzerns eben kein existenzvernichtender Eingriff darstellen würde, mit der Folge, dass der Konzern für die dann sich ergebende Insolvenz der Tochtergesellschaft nicht haftet (18 U 162/06).

Bestellung zum Vorstand ohne Aufhebung des Arbeitsverhältnisses

Wenn in einer Aktiengesellschaft ein leitender Angestellter zum Vorstand bestellt wird, so ist darauf zu achten, dass sein Arbeitsverhältnis mit der Bestellung zum Vorstand ausdrücklich aufgehoben wird. Ist dies nicht der Fall, kann er nach Beendigung seines Vorstandmandates weiterhin Rechte als Arbeitnehmer geltend machen und das Arbeitsgericht anrufen (LAG Berlin Brandenburg, Beschluss vom 20.01.2010, 7 A 2656/09).

Konzernweiterhaftung bei Kartellverstößen

Wie der EuGH mit Urteil vom 10.09.2009 entschieden hat, haftet im Konzern die Muttergesellschaft für Kartellverstöße ihrer Töchter, wenn zwischen Mutter und Tochter eine wirtschaftliche Einheit besteht. Im entschiedenen Fall, der den Akzo Nobel-Konzern betraf, war die wirtschaftliche Einheit durch die 100%ige Beteiligung der Tochter indiziert.

GEISTIGES EIGENTUM

Bildersuche bei Google: Keine Urheberrechtsverletzung

Der BGH hat entschieden, dass Google nicht wegen Urheberrechtsverletzungen in Anspruch genommen werden kann, wenn geschützte Werke in Vorschauabbildern ihrer Suchmaschine wiedergegeben werden.

Die Klägerin ist eine bildende Künstlerin und unterhielt eine eigene Internetseite mit Abbildung ihrer Kunstwerke, auf die Google bei der Suchfunktion „Google Bilder“ zurückgegriffen hatte.

Der BGH ist davon ausgegangen, dass die Klägerin zwar nicht durch eine ausdrückliche oder stillschweigende rechtsgeschäftliche Erklärung Google ein Recht zur Nutzung ihrer Werke als Vorschauabbilder eingeräumt hat. Google hat jedoch gleichwohl nicht rechtswidrig gehandelt, weil die Beklagte dem Verhalten der Klägerin entnehmen würde, sie sei mit der Anzeige ihrer Werke im Rahmen der Bildersuche der Suchmaschine einverstanden.

„Die Klägerin hat den Inhalt ihrer Internetseite für den Zugriff für Suchmaschinen zugänglich gemacht, ohne von technischen Möglichkeiten Gebrauch zu

machen, um die Abbildungen ihrer Werke auszunehmen“ (BGH vom 29.04.2010 (I ZR 69/08).

Vermarktung eines Perlweins als Paradisecco

Leider hat das Verwaltungsgericht Trier entschieden, dass in der Verwendung des Begriffs „Paradisecco“ für einen Perlwein keine Irreführung des Verbrauchers dahingehend besteht, dass der Perlwein aus Prosecco hergestellt worden ist. In Deutschland habe sich das Wort „Secco“ in den letzten Jahrzehnten zu einer allgemeinen Bezeichnung für Perlwein entwickelt. Das sehen wir anders. (VG Trier, Urteil vom 20.01.2010, 5 K 650/09).

DIRITTO SOCIETARIO

All'azionista di una Spa-unipersonale non si applica la norma relativa al divieto di voto (Unicredit –HVB)

Ai sensi dell'art. 136, primo comma, primo periodo, della legge tedesca sulle Spa l'azionista non può deliberare in fattispecie che lo vedano direttamente coinvolto; nessun azionista dovrebbe essere un „Giudice di sé stesso”.

Per questi motivi UniCredit non si è potuta opporre al fatto che i soci di minoranza di HVB abbiano nominato un rappresentante speciale al fine di agire per il risarcimento del danno contro il socio di maggioranza UniCredit. Dopo il successivo „squeeze out”, ovvero dopo che i soci di minoranza sono stati risarciti ed UniCredit è divenuto unico socio della HVB, l'assemblea degli azionisti ha deliberato, mediante l'unico socio UniCredit, la revoca della delibera di nomina. Contro tale decisione ha agito giudizialmente il rappresentante speciale facendo leva sulla norma di cui all'art. 136 comma 1 della legge tedesca sulla Spa.

Il rappresentante speciale nominato dai soci di minoranza, l'avvocato Thomas Heidel, ha avuto successo dinanzi al Tribunale di Monaco, mentre la Corte d'Appello di Monaco ha dato ragione alla HVG e quindi alla UniCredit (Corte d'Appello di Monaco, 7 U 4744/09). Il Collega Heidel ha annunciato che presenterà ricorso alla Corte di Cassazione tedesca (Fonte: Financial Times del 05.03.2010).

Responsabilità del revisore contabile in caso di concorso di colpa dell'amministratore

Una società in accomandita è stata sottoposta a verifica da parte di un revisore contabile, che ha proceduto in una maniera estremamente semplicistica: non ha ritenuto necessaria la presentazione degli estratti conto bancari, ma si è fidato della dichiarazione rilasciatagli dall'amministratore. In tal modo sono rimasti occultati dei „fondi neri”, con un evi-

dente danno alla società, che ne pretende il risarcimento da parte del revisore.

La Corte di Cassazione tedesca ha ritenuto sussistente la violazione degli obblighi facenti capo al revisore contabile, il quale non si sarebbe dovuto „accontentare” della sola dichiarazione dell'amministratore. Il revisore avrebbe dovuto effettuare le verifiche in prima persona. A carico della società deve essere tuttavia anche riferita la condotta dell'amministratore, il quale ha contribuito ad aggravare la revisione rilasciando una falsa dichiarazione. Tale concorso di colpa è stato determinato dalla Corte di Cassazione tedesca nella misura di un terzo, cosicché il revisore è stato costretto a risarcire i 2/3 del danno (sentenza del BGH del 10.12.2009, VII ZR 42/08).

Limite statutario della facoltà di intervento nell'assemblea dei soci

L'assemblea dei soci costituisce il palco per tutti gli azionisti, dove possono esercitare i loro diritti di intervento e di interrogazione. In una rilevante società per azioni tedesca è stato inserito nello statuto un limite temporale alla facoltà di intervento in sede di assemblea. Tale clausola è stata impugnata da alcuni azionisti. L'impugnazione non ha avuto tuttavia successo, poiché la Corte di Cassazione tedesca ha ritenuto legittima una limitazione temporale della facoltà d'intervento, in quanto – tra i vari motivi – ciò sarebbe funzionale a consentire una partecipazione attiva da parte di tutti i soci ed a poter svolgere l'assemblea in un unico giorno, in conformità al „modello ideale” (Corte di Cassazione tedesca, Sentenza del 08.02.2010, II ZR 94/08).

L'esclusione dal cash-pool non è un atto idoneo a pregiudicare l'esistenza della società

Attraverso il c.d. „cash-pooling” la liquidità della società che fanno parte di uno stesso gruppo, viene ripartita internamente, al fine di evitare che la società

figlia navighi nell'oro, mentre la società madre sia costretta ad accendere un finanziamento.

Con il concetto di „atto idoneo a pregiudicare l'esistenza della società” si intende il caso in cui un socio di una Srl sottragga alla stessa una quantità tale di capitale provocandone l'insolvenza. La Corte di Appello di Colonia, con la sentenza del 18.12.2008, ha stabilito che la sola esclusione dalla società dal cash-pooling del gruppo non costituisca un atto idoneo a pregiudicare l'esistenza della società, con la conseguenza che il gruppo societario non dovrà rispondere del conseguente fallimento della società figlia (18 U 162/06).

Nomina a consigliere senza risoluzione del contratto di lavoro

Nell'eventualità in cui una società per azioni nomini un dirigente quale membro del CdA, deve essere posta attenzione alla circostanza che il contratto di lavoro venga espressamente risolto al momento della nomina quale consigliere. Qualora ciò non avvenga, il consigliere, al termine del mandato, può agire dinanzi al Tribunale del Lavoro per rivendicare i propri diritti in qualità di dipendente (Corte di Appello di Berlino-Brandeburgo, Sezione Lavoro, Ordinanza del 20.01.2010, 7 A 2656/09).

Responsabilità del gruppo per violazioni delle norme in materia di concorrenza

In conformità a quanto deciso dalla Corte di Giustizia Europea del 10.09.2009, in un gruppo societario la società madre risponde delle violazioni commesse dalla società figlia, quando sussista tra le due società un'unitarietà economica. Nel caso di cui alla presente decisione, relativo al Gruppo Akzo Nobel, l'unitarietà economica è stata presunta dalla partecipazione del 100% alla società figlia.

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

Ricerca immagini su Google: nessuna violazione del diritto d'autore

La Corte di Cassazione tedesca ha stabilito che Google non deve rispondere per violazione del diritto d'autore, qualora opere protette vengano riprodotte quali anteprima nel proprio motore di ricerca.

L'attrice è un'artista che gestiva un proprio sito internet ove venivano presentate le sue opere artistiche, immagini che Google ha utilizzato nella propria funzione di ricerca „Google immagini”.

La Corte di Cassazione tedesca ha ritenuto che l'attrice non abbia rilasciato a Google alcuna autorizzazione

espressa o tacita al fine di utilizzare le immagini delle proprie opere artistiche quali immagini in anteprima. Google, tuttavia, non ha agito illecitamente, in quanto la convenuta avrebbe agito sulla base della condotta dell'attrice, ritenendo che questa fosse d'accordo con la pubblicazione delle proprie opere attraverso il motore di ricerca per le immagini.

„L'attrice ha reso il contenuto del proprio sito internet accessibile ai motori di ricerca, senza avvalersi delle possibilità tecniche che consentano di escludere da tale accesso le proprie immagini delle opere d'arte” (Corte di Cassazione Tedesca del 29.04.2010 – I ZR 69/08).

Distribuzione del vino frizzante „Paradiseco”

Il Tribunale amministrativo di Trier ha, con nostro rammarico, deciso che l'utilizzazione, per un vino frizzante, della denominazione „Paradiseco” non costituisca una denominazione fuorviante per il consumatore, tale da indurlo a ritenere che il vino sia prodotto con il vino „Prosecco”. In Germania la parola „Secco” si sarebbe affermata negli ultimi decenni quale indicazione comune per un vino frizzante. Noi non ne siamo affatto convinti. (Tribunale amministrativo di Trier, Sentenza del 20.01.2010, 5 K 650/09)

ARBEITSRECHT

Verlängerung Kurzarbeitergeld

Das Bundeskabinett hat die Verlängerung der Sonderregelung beim Kurzarbeitergeld bis zum 31.03.2012 beschlossen. Die Sonderregelungen, die es einem Arbeitgeber kostengünstig ermöglichen, in seinem Betrieb Kurzarbeit einzuführen, sollten zunächst zum 31.12.2010 auslaufen. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, wurde die Regelung um 15 Monate, bis zum 31.03.2012 verlängert (Beschluss des Bundeskabinetts vom 21.04.2010).

Urlaub am Gemüsestand

Ein Arbeitgeber erwischte seine Arbeitnehmerin während ihres Urlaubes bei der Arbeit, und zwar am Marktstand ihres Ehemannes. Der Arbeitgeber mahn-te die Arbeitnehmerin sofort an, die Urlaubsarbeit einzustellen und sich zu erholen. Die Arbeitnehmerin blieb am Stand und erhielt die Kündigung.

Das Landesarbeitsgericht Köln (Az: 2 Sa 674/09) gab der Arbeitnehmerin Recht. Dies wird damit begründet, dass der Urlaub zwar der Erholung von der Arbeit dient. Die „Erholungszeiten“ müssten aber auch in Verhältnis zu den Arbeitszeiten gestellt werden. Die Nebentätigkeit auf dem Gemüsemarkt hätte die Arbeitnehmerin auch als Nebenbeschäftigung zu ihrer Hauptarbeitsstelle erbringen können und ist daher vom Erholungsbedarf nicht umfasst.

Erstattung der Rechtsanwaltskosten bei der Betriebsratswahl

Die im deutschen kollektiven Arbeitsrecht verankerten Rechte, wie z. B. die Mitbestimmung in Personalangelegenheiten, werden vom Betriebsrat wahrgenommen. Der Betriebsrat ist keine zwingende Einrichtung, er wird von Arbeitnehmern in Betrieben mit fünf und mehr Mitarbeitern gewählt. Die unternehmerische Freiheit in Personalangelegenheiten wird durch das Vorhandensein eines Betriebsrates erheblich eingeschränkt, sowohl bei Einstellung, wie auch bei Entlassungen. Zudem hat der Betriebsrat nach § 20 Abs. 3 BetrVG Anspruch darauf, dass der Arbeitgeber seine erforderlichen Kosten ersetzt. Dazu kann auch die Einschaltung eines Rechtsanwalts gehören. Der Rechtsanwalt wird dann vom Betriebsrat mandatiert, muss aber vom Arbeitgeber bezahlt werden.

Das Bundesarbeitsgericht hat nun entschieden, dass die Beratung bei der Einrichtung eines Betriebsrates kein Gegenstand des § 20 Abs. 3. BetrVG ist, d. h., dass ein Arbeitgeber nicht die Kosten eines Rechtsanwalts für die Beratung für die Einrichtung eines Betriebsrates nicht tragen muss, wenn dies nicht zuvor mit ihm vereinbart wurde (Beschluss vom 11.11.2009, 7 ABR 26/08).

Auskunftsanspruch gegenüber abgelehnten Bewerbern

Vielleicht wird in Zukunft der Arbeitgeber, der einem Bewerber eine Absage erteilt oder ein Bewerbungs-

schreiben nicht beantwortet, verpflichtet sein, dem abgelehnten oder nicht berücksichtigten Bewerber seine Gründe mitzuteilen. Das Bundesarbeitsgericht hat mit Beschluss vom 20.05.2010 (8 ZR 287/08) dem EuGH die Frage vorgelegt, ob ein nicht berücksichtigter Bewerber Anspruch auf Auskunft habe, nach welchen Kriterien ein Konkurrent eingestellt wurde.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Forderung der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, erwähnenswert. Sie fordert, dass in Zukunft in Lebensläufen weder Name, Adresse, Geburtsdatum oder Familienstand und auch kein Bild des Bewerbers erkennbar sein sollte. Die Praxis habe erwiesen, dass Bewerber mit einem bestimmten Vornamen (Ali) gegenüber Bewerbern mit einem anderen Vornamen (Alex) erhebliche Nachteile hätten (Pressemittteilung vom 22.03.2010 Lüders: Anonymisierter Lebenslauf sollte Standard werden, www.antidiskriminierungsstelle.de).

Häufige Toilettenbesuche rechtfertigen keine Gehaltskürzung

Ein Rechtsanwalt hatte durch detaillierte schriftliche Aufzeichnungen feststellen lassen, dass sein Angestellter im Zeitraum vom 08.05. bis 26.05.2009 insgesamt 384 Minuten auf der Toilette verbracht hatte. Der Rechtsanwalt berechnete daraufhin die Toilettenzeiten auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses hoch und kam zu dem Ergebnis, dass sein Angestellter bis Mai 2009 zusätzlich zu den üblichen Pausen und Toilettenzeiten insgesamt 90 Stunden auf der Toilette verbrachte. Er zog dem Kläger 682, 40 Euro vom Nettogehalt ab. Das Arbeitsgericht Köln war hier anderer Auffassung und verurteilte den Rechtsanwalt zur Restzahlung des Gehalts (Arbeitsgericht Köln vom 21.01.2010, 6 Ca 346/09).

EuGH: Betriebszugehörigkeit zählt von Anfang an

Gemäß § 622 Abs. 2 Satz 2 BGB blieben in Deutschland die Beschäftigungszeiten eines Arbeitnehmers vor Vollendung des 25. Lebensjahres bei der Berechnung der Kündigungsfrist unberücksichtigt. Wie zu erwarten war, hat der EuGH in seinem Urteil vom 19.01.2010 (C 555/07) die Europarechtswidrigkeit der Norm festgestellt. Sie stellt eine unzulässige Altersdiskriminierung von jungen Arbeitnehmern dar.

Eyjafjalla

Die Aschewolke über Europa hat dazu geführt, dass viele Arbeitnehmer nicht rechtzeitig ihren Arbeitsplatz im Heimatland erreichen konnten. Grobys und von Steinau-Steinrück haben in ihrem Beitrag zur NJW-Spezial, Seite 306, zu Recht darauf hingewiesen, dass nach deutschem Recht das Risiko von Ereignissen höherer Gewalt, die den Arbeitnehmer am Erscheinen an der Arbeit hindern, in den Risikobereich des

Arbeitnehmers fallen. Dies wird aus den Vorschriften der §§ 615 und 616 BGB geschlossen.

Ein Arbeitnehmer, der aschebedingt mit einwöchiger Verspätung am Arbeitsplatz erscheint, kann daher mit einer 25% Kürzung seiner monatlichen Arbeitsvergütung rechnen. Etwas anderes gilt bei Angestellten, die sich auf Geschäftsreise befinden, hier greift das Betriebsrisiko des Arbeitgebers.

Stock option und Gleichbehandlungsgrundsatz

Eine Gesellschaft ist berechtigt, ein Aktienoptionsmodell nur für bestimmte Mitarbeiter einer Führungsgruppe auszugeben. Um nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz im Arbeitsrecht zu verstoßen, dürfen aber die Kriterien für die Zugehörigkeit der begünstigten Gruppe nicht willkürlich sein.

Im vorliegenden Fall hatte der Arbeitgeber die Aktienoptionen formal korrekt nur für Mitarbeiter einer bestimmten Führungsebene vorgesehen, einen einzelnen Arbeitnehmer (auch noch einen Juristen) willkürlich von dieser neu gebildeten Führungsebene herausgenommen. Dieser hat geklagt und bekam Recht (BAG Urteil vom 21.01.2009, 10 AZR 664/08).

Unzureichende Deutschkenntnisse berechtigen zur Kündigung

Wie das Bundesarbeitsgericht entschieden hat, verstößt es nicht gegen § 3 Abs. 2 AGG, wenn ein Arbeitnehmer, der nicht in der Lage ist, deutsche Arbeitsanweisungen zu lesen, gekündigt wird. Hier liegt es auf der Hand, dass der Arbeitgeber einen legitimen Zweck verfolgt – und nicht diskriminatorisch tätig wird, wenn er schriftliche Arbeitsanweisungen einführt (Urteil vom 28.01.2010, 2 AZR 764/08).

Direktionsrecht des Arbeitgebers bei Sonn- und Feiertagsarbeit

Ein Arbeitnehmer wendete sich gegen die Anordnung, an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten. Er 30 Jahre lang beschäftigt, ohne jemals Sonntags oder Feiertags gearbeitet zu haben. Sein Arbeitsvertrag sieht vor, dass die wöchentliche Arbeitszeit in der normalen Arbeitszeit zu erbringen ist, wobei eine Änderung der Arbeitszeit möglich sein soll.

Das Bundesarbeitsgericht gab dem Arbeitgeber Recht und stärkte somit grundsätzlich das Direktionsrecht des Unternehmers. Zwar ist in Deutschland Sonn- und Feiertagsarbeit gemäß § 9 Abs. 1 Arbeitszeitgesetz grundsätzlich verboten. Der Arbeitgeber kann hier eine Ausnahmegewilligung beantragen, die ihm in dem konkreten Fall auch gewährt wurde.

Eine Konkretisierung des Arbeitsverhältnisses dahingehend, dass die Parteien bei ihrer knapp 30-jährigen Zusammenarbeit Sonn- und Feiertagsarbeit konkludent ausgeschlossen hätten, sah das Bundesarbeitsgericht nicht (BAG vom 15.09.2009, 9 AZR 757/08).

DIRITTO DEL LAVORO

Proroga dell'integrazione salariale per lavoro ad orario ridotto (Kurzarbeit)

Il Gabinetto federale ha deciso la proroga della regola speciale circa l'integrazione salariale fino al 31.03.2012. Tale regola, che permette economicamente ad un datore di lavoro di introdurre nella propria azienda lavoro ad orario ridotto, doveva inizialmente terminare il 31.12.2010. Al fine di evitare licenziamenti per motivi aziendali, tale regolamento è stato prorogato di 15 mesi, fino al 31.03.2012 (decisione del gabinetto federale del 21.04.2010).

Ferie al banco di verdura

Un datore di lavoro scopriva una sua dipendente al lavoro presso il banco di mercato del proprio coniu-ge durante le sue ferie. Il datore di lavoro diffidava subito la dipendente di sospendere tale attività lavorativa e di riposarsi. Contrariamente a ciò, la dipendente proseguiva il lavoro durante le ferie, ricevendo così il licenziamento.

Il Tribunale del lavoro di Colonia (n. 2 Sa 674/09) dava ragione alla dipendente, motivando il fatto che le ferie servono certamente a riposarsi dal lavoro, i „tempi di riposo” devono peraltro essere commisurati ai tempi di lavoro. La dipendente avrebbe potuto svolgere l'attività collaterale al banco di verdura anche quale occupazione ulteriore accanto al lavoro principale ed essa non viene quindi computata nel fabbisogno di riposo.

Rimborso delle spese legali per l'elezione della commissione interna

I diritti consolidati nel diritto del lavoro collettivo tedesco, come ad esempio la cogestione nelle questioni inerenti al personale, vengono tutelati dalla commissione interna. La commissione interna non è in Germania una istituzione obbligatoria: viene eletta dai dipendenti in aziende con un numero superiore a 5 dipendenti. La libertà imprenditoriale nelle questioni relative al personale viene quindi fortemente limitata nel caso in cui venga istituita una commissione interna; ciò sia in caso di assunzione che di licenziamento. Ai sensi del § 20 c. 3 BetrVG, la commissione interna ha inoltre diritto al rimborso dei relativi costi da parte del datore di lavoro. In essi possono anche rientrare quelli relativi all'intervento di un avvocato, che viene incaricato dalla commissione interna, ma pagato dal datore di lavoro.

La Corte federale del lavoro ha ora deciso che la consulenza espletata per la creazione di una commissione aziendale non è oggetto del § 20 c. 3 BetrVG, il che significa che un datore di lavoro non è obbligato a farsi carico di tali costi se ciò non sia stato con lui precedentemente concordato (decisione del 11.11.2009, 7 ABR 26/08).

Eyjafjalla

La nube di ceneri sull'Europa ha fatto sì che molti dipendenti non abbiano potuto raggiungere in tempo

il loro posto di lavoro. Grobys e von Steinau-Steinrück hanno fatto giustamente presente nel loro contributo nella NJW-Spezial, pag. 306, che secondo il diritto tedesco, il rischio di eventi di forza maggiore, che impediscono al dipendente di trovarsi in tempo al lavoro, rientrano nei rischi del dipendente, facendolo derivare dalle norme dei §§ 615 e 616 codice civile tedesco.

Un dipendente che a causa della nube compare sul posto di lavoro con una settimana di ritardo, può quindi aspettarsi una riduzione pari al 25% della sua retribuzione mensile. Un po' diversa è la situazione di impiegati che si trovino in viaggio d'affari, in quanto in questo caso il rischio viene sopportato dal datore di lavoro.

Diritto di informazione nei confronti di candidati respinti

Forse in futuro vi sarà un obbligo del datore di lavoro, che respinge o non risponde ad una candidatura, di comunicarne i relativi motivi agli interessati. Con decisione del 20.05.2010 (8 ZR 287/08), la Corte federale tedesca del lavoro ha posto la questione alla Corte Europea, se un candidato respinto ha diritto appunto di ricevere informazioni in merito ai criteri sulla base dei quali un concorrente sia stato assunto.

In tale contesto va riportata anche la richiesta della direttrice dell'ufficio federale antidiscriminazioni, Christine Lüders, la quale richiede che in futuro non siano riconoscibili nei curricula vitae nome, indirizzo, data di nascita, stato civile e in aggiunta anche la fotografia del candidato. La prassi avrebbe evidenziato che i candidati con determinati nomi (Ali) abbiano rilevanti svantaggi nei confronti di candidati con altri nomi (Alex) (Comunicazione del 22.03.2010 – Secondo la Lüders i curricula vitae anonimizzati devono diventare la regola, www.antidiskriminierungsstelle.de).

Andare al bagno spesso non giustifica una riduzione dello stipendio

Un avvocato aveva fatto accertare, tramite dettagliate annotazioni scritte, che un suo impiegato nel periodo tra il 08.05. e 26.05.2009 aveva passato complessivamente 384 minuti al bagno. In conseguenza di ciò l'avvocato conteggiava tali minuti in relazione alla durata del rapporto di lavoro, pervenendo al risultato che il suo impiegato fino al maggio 2009 aveva passato al bagno 90 ore oltre alle usuali pause. Egli detraeva quindi al dipendente, e ricorrente, 682, 40 Euro dalla retribuzione netta. Il tribunale di Colonia era di opinione avversa e condannava l'avvocato al pagamento di quanto indebitamente detratto (Tribunale del lavoro di Colonia del 21.01.2010, 6 Ca 346/09).

Corte di giustizia europea: l'appartenenza aziendale conta dall'inizio

Ai sensi del § 622 c. 2 frase 2 cod. civile tedesco non vengono presi in considerazione in Germania i

periodi lavorativi di un dipendente prima del compimento del 25° anno di età nel conteggio del termine di preavviso per il licenziamento. Come era logico aspettarsi, la Corte di Giustizia ha accertato con sentenza del 19.01.2010 (C 555/07) l'illegittimità di tale norma nei confronti del diritto europeo. Essa rappresenta un'inammissibile discriminazione nei confronti di giovani dipendenti.

Stock option e principio della parità di trattamento

Una società è legittimata ad emettere un modello di opzione su azioni solo per determinati collaboratori di un gruppo direttivo. Per non violare il principio sulla parità di trattamento nel diritto del lavoro, i criteri di appartenenza al gruppo beneficiario non devono essere arbitrari.

Nel caso in esame il datore di lavoro aveva previsto, correttamente da un punto di vista formale, opzioni su azioni solo per dipendenti di un determinato livello direttivo, escludendo però arbitrariamente un unico dipendente (per lo più giurista) da questo gruppo. Il dipendente escluso proponeva ricorso ottenendo così giustizia (BAG sentenza del 21.01.2009, 10 AZR 664/08).

Insufficiente conoscenza della lingua tedesca legittima il licenziamento

Come deciso dalla Corte federale del lavoro, non rappresenta violazione del § 3 c. 2 AGG, il licenziamento di un dipendente, che non è in grado di leggere le direttive lavorative. In questo caso è chiaro che il datore di lavoro persegue uno scopo legittimo, e non opera quindi in modo discriminatorio, nel caso in cui introduca direttive scritte sul lavoro (sentenza del 28.01.2010, 2 AZR 764/08).

Diritto direzionale del datore di lavoro nel caso di lavoro di domenica e in giorni festivi

Un dipendente si opponeva alla direttiva di lavorare di domenica e nei giorni festivi. Egli lavorava da 30 anni senza aver dovuto mai lavorare di domenica o in giorni festivi. Il suo contratto di lavoro prevedeva che il periodo lavorativo settimanale dovesse essere espletato negli usuali orari lavorativi, ma con la possibilità di una loro modifica.

La Corte federale del lavoro dava ragione al datore di lavoro, rafforzando in tal modo in via di principio il suo potere direzionale di imprenditore. Anche se in Germania il lavoro di domenica e nei giorni festivi è generalmente vietato, il datore di lavoro può richiedere un'autorizzazione straordinaria, che nel caso in esame era stata anche concessa.

La Corte non riconosceva qui una concretizzazione del rapporto di lavoro, nel senso che le parti avrebbero escluso in modo concludente, solo sulla base di una collaborazione trentennale, il lavoro nei giorni festivi (BAG del 15.09.2009, 9 AZR 757/08).

SCHADEN UND RECHT

Rechtsverletzungen im Internetportal der New York Times: Gerichtsstand Deutschland

Im Internetportal der New York Times wurden schädigende und ehrverletzende Behauptungen zum Nachteil eines deutschen Kaufmanns aufgestellt. Kann der Kaufmann Schadensersatzansprüche vor einem deutschen Gericht geltend machen?

Zum Einen wird in Deutschland vertreten, dass aufgrund der Ubiquität des Internets – das überall Schaden anrichten kann – jeder Gerichtsstand zur freien Wahl steht. Das Landgericht und Oberlandesgericht Düsseldorf waren anderer Auffassung. Eine Zuständigkeit wäre nur dann gegeben, wenn die Veröffentlichung sich nach der Intention des sich Äußernden „bestimmungsgemäß“ oder „gezielt“ an Leser in Deutschland richtet. Bei der New York Times hätten sich nur 14.484 Nutzer aus Deutschland eingetragen, dies entspreche nur 0,5% der Online-Ausgabe, und das wäre zu wenig.

Der Bundesgerichtshof ist dieser Auffassung nicht gefolgt. Im Wege der Einzelfallabwägung kommt er zum Schluss, dass der Kläger hier durchaus in Deutschland seine Rechte geltend machen könne. Die deutschen Gerichte seien zur Entscheidung über Klagen über Persönlichkeitsbeeinträchtigung durch Internetveröffentlichungen zuständig, wenn die beanstandeten Inhalte objektiv einen deutlichen Bezug zum Inland aufweisen und wenn ein Schaden tatsächlich im Inland eintreten könne (BGH Urteil vom 02.03.2010 VI ZR 23/09).

Haftung von WLAN-Inhabern

Der Bundesgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 12.05.2010 (I ZR 121/08) entschieden, dass Inhaber eines unzureichend gesicherten WLAN-Netzwerkes nur auf Unterlassung und nicht auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden können, wenn ihr nicht ausreichend gesicherter Anschluss von unberechtigten Dritten für Urheberrechtsverletzungen genutzt wird. In dem entschiedenen Fall hatten nicht berechnete Dritte sich in das Netzwerk eingeloggt und Musiktitel, die geschützt waren, heruntergeladen. Das Oberlandesgericht hatte den privaten WLAN-Betreiber noch zu Schadensersatz verurteilt, die Revision des Netzwerkinhabers hatte aber Erfolg.

Versicherungsschaden: Rügeloses Einlassen begründet Gerichtszuständigkeit

Der EuGH hat im Rechtsstreit C-111/09 zu der Auslegung der Artikel 24 und 26 der EuGVVO Stellung genommen. Der Ausgangsrechtsstreit betraf die Klage einer tschechischen Versicherungsgesellschaft gegen einen slowakischen Versicherungsnehmer auf Zahlung der Versicherungsprämie. Artikel 24 EuGVVO lautet:

„Sofern das Gericht eines Mitgliedsstaates nicht bereits nach anderen Vorschriften dieser Verordnung zuständig ist, wird es zuständig, wenn sich der Beklagte vor ihm auf das Verfahren einlässt. Dies gilt nicht, wenn der Beklagte sich einlässt, um den Mangel der Zuständigkeit geltend zu machen oder wenn ein ande-

res Gericht aufgrund des Artikel 22 ausschließlich zuständig ist“.

Folgerichtig bestimmt Artikel 26 Abs. 1:

„Lässt sich der Beklagte, der seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates hat und der von den Gerichten eines anderen Mitgliedsstaates verklagt wird, auf das Verfahren nicht ein, so hat sich das Gericht von Amtswegen für unzuständig zu erklären, wenn seine Zuständigkeit nicht in dieser Verordnung begründet ist.“

Der Rechtsstreit betrifft vordringlich die Rechtsfrage, ob die besonderen Zuständigkeiten der EUGVVO – wie beispielsweise in Versicherungssachen – durch die Rügeeinlassung des Beklagten abbedungen werden können.

Der EuGH kommt zu dem Schluss, dass Artikel 24 auf alle Fälle anzuwenden ist, bei denen sich die Zuständigkeit des angerufenen Richters nicht aus anderen Vorschriften der Verordnung ergibt. Das rügelose Einlassen des Beklagten führt damit zur stillschweigenden Abbedingung der ursprünglich vorgesehenen Zuständigkeiten.

Artikel 24 Satz 2 EuGVVO sieht bei Einlassung des Beklagten Ausnahmen vor: Zum Einen, wenn der Beklagte die internationale Zuständigkeit ausdrücklich rügt und zum Anderen, wenn es sich um einen Rechtsstreit handelt, der der ausschließlichen Zuständigkeit des Artikel 22 unterliegt.

Da es sich hier um eine Ausnahmenvorschrift handelt, muss sie restriktiv ausgelegt werden: Der EuGH zieht zur Auslegung die Rechtsprechung zu dem in der Sache inhaltsgleichen Artikel 18 des EuGVÜ heran und zitiert die Rechtsstreite 150/18 80 Elefantenschuh, sowie 48/84 Spitzley. Der EuGH schließt hieraus, dass, auch wenn es sich nicht um eine ausschließliche Zuständigkeit handelt, das angerufene Gericht im Falle eines rügelosen Einlassens sich für zuständig erklären muss. Damit beantwortet sich auch die zweite Vorlagefrage im Rechtsstreit über die Anerkennungsfähigkeit einer solchen Entscheidung gemäß Artikel 35 Nr. 1. der Verordnung. Sie ist gegeben, da die Gerichtszuständigkeit beachtet wurde (Urteil vom 20.05.2010).

Ansprüche gegen eine Versicherung: In Italien unterbrechen Verhandlungen nicht die Verjährung

Anders als in § 203 BGB geregelt, unterbrechen im italienischen Recht nach ständiger Rechtsprechung Verhandlungen, die die Versicherung mit dem Versicherungsnehmer zur gütlichen Beilegung des Streits führt, nicht die Verjährung. Der Kassationshof hat bestätigt (1687/2009 vom 11.11.2009), dass Verhandlungen, die die Voraussetzungen eines Anerkenntnisses – ganz oder teilweise – des gegnerischen Anspruchs nicht erfüllen, keine gemäß Artikel 2944 CC unterbrechende Wirkung haben können.

Derartige Verhandlungen können auch nicht als stillschweigender Verzicht der Verjährungseinrede gelten, da hier die Voraussetzungen des Artikel 2937 Satz 2 Codice Civile nicht vorliegen, nach denen der Verzicht aus einem eindeutigen Umstand hervorgehen muss.

Etwas anderes könne nur gelten, wenn der Vergleich nur an der Höhe scheitern würde, der Grund aber anerkannt worden wäre.

In diesem Zusammenhang stellt der Kassationshof dann fest, dass die Verjährung nicht mit dem Abschluss des Schiedsverfahrens zu laufen beginnt, sondern mit Abschluss des Heilungsverfahrens. Damit wird dem Schreiben, mit dem die Versicherung den Geschädigten auffordert, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, keine verjährungsunterbrechende Wirkung bescheinigt.

Gepäckverlust: Materieller und Immaterieller Schadensersatz

Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 06.05.2010 in Sachen C-63/09 sich zum Schadensbegriff gemäß Artikel 22 Abs. 2 des am 28.05.1999 in Montreal geschlossenen Übereinkommens zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Förderung im internationalen Luftverkehr geäußert. Danach ist der Schaden aus Gepäckverlust so zu verstehen, dass er nicht nur den materiellen Schaden, sondern auch den immateriellen Schaden erfasst, da nach Auffassung der europäischen Richter „es einen nicht einem Übereinkommen entstammenden Schadensbegriff gibt, der allen völkerrechtlichen Subsystemen gemeinsam ist“.



**Domiciliazioni e
ricerca personale
bilingue**

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
c/o Dolce-Lauda

DANNO E DIRITTO

Violazioni sul portale internet del New York Times: prevale il foro tedesco

Sul portale internet del New York Times sono state rese delle dichiarazioni dannose nei confronti di un commerciante tedesco. Potrà quest'ultimo far valere i danni subiti dinanzi al giudice tedesco?

Sul punto vigeva fino a poco tempo fa diatriba nella giurisprudenza di merito tedesca: da un lato si sosteneva che in virtù dell'ubiquità di internet – che permette di arrecare dei danni in qualsiasi parte del mondo – ogni foro sarebbe competente. Tuttavia, il Tribunale e la Corte d'Appello di Düsseldorf erano di opposto avviso, poiché secondo tali giudici, la competenza del giudice tedesco sussisterebbe solo ove la pubblicazione fosse rivolta in modo specifico al lettore tedesco. Nel caso del New York Times si sarebbero registrati solo 14.484 utenti dalla Germania, quota che – corrispondendo solo al 0,5% dell'edizione online – sarebbe decisamente troppo bassa per dare attuazione al menzionato criterio.

La Corte Federale di Cassazione tedesca non ha condiviso tale assunto, ritenendo che l'attore tedesco può adire il proprio giudice, laddove la questione verta sulla violazione di diritti della personalità riconducibile ad una divulgazione via internet che possa oggettivamente arrecare un danno concreto sul territorio tedesco (sentenza del BGH dd. 02.03.2010 VI ZR 23/09).

La responsabilità di titolari Modem WI-FI

La Corte Federale di Cassazione tedesca ha statuito con sentenza dd. 12.05.2010 (I ZR 121/08) che il titolare di un modem WI-FI sottoscritto e assicurato può essere chiamato a rispondere solo per omissione e non per il risarcimento di un danno, ove venga utilizzato da terzi in modo improprio (violazione di diritti di proprietà intellettuale) il proprio terminale. Nel caso in esame un terzo si era collegato in modo improprio al modem di un altro soggetto per scaricare delle canzoni protette. La decisione della Corte d'Appello con cui si condannava il titolare al risarcimento del danno è stata oggetto di revisione.

Assicurazione: accettazione della competenza in seguito a mancata contestazione del difetto di competenza giurisdizionale e difesa nel merito

Nella causa C- 111/09 la Corte di Giustizia UE ha avuto occasione di pronunciarsi in via pregiudiziale sull'interpretazione degli artt. 24 e 26 del Regolamento (CE) n. 44/2001 concernente la competenza giurisdizionale, il riconoscimento e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale nell'ambito di una domanda proposta da una compagnia di assicurazioni con sede nella Repubblica ceca ed un suo assicurato domiciliato in Slovacchia, in merito alla domanda di pagamento di un premio assicurativo.

L'art. 24 del regolamento citato recita „Oltre che nei casi in cui la sua competenza risulta da altre disposizioni del presente regolamento, il giudice di uno

Stato membro davanti al quale il convenuto è comparso è competente. Tale norma non è applicabile se la comparizione avviene per eccepire l'incompetenza o se esiste un altro giudice esclusivamente competente ai sensi dell'art. 22». Mentre ai sensi del successivo art. 26, n. 1, si vince che „Se il convenuto domiciliato nel territorio di uno Stato membro è citato davanti ad un giudice di un altro Stato membro e non compare, il giudice, se non è competente in base al presente regolamento, dichiara d'ufficio la propria incompetenza».

La questione in oggetto verte principalmente sul quesito se, anche per le controversie soggette alle regole di competenza speciali previste dal regolamento n. 44/2001, come quelle previste in materia di assicurazioni, la costituzione in giudizio del convenuto senza eccezione del difetto di competenza giurisdizionale del giudice adito costituisca o meno una proroga tacita di competenza giurisdizionale.

Sul punto va in primo luogo precisato come l'art. 24, primo periodo, costituisca una norma di chiusura applicabile a tutte le fattispecie in cui la competenza giurisdizionale del giudice adito non risulti da altre disposizioni del regolamento citato. Rilevato che tale disposizione si applica anche nei casi in cui il giudice sia stato adito senza osservare le disposizioni del regolamento medesimo, essa comporta – ad avviso della Corte di Giustizia – che la costituzione del convenuto possa essere considerata quale accettazione tacita della competenza giurisdizionale del giudice adito e, quindi, quale proroga della competenza giurisdizionale del medesimo.

L'art. 24, secondo periodo del regolamento n. 44/2001 prevede poi talune deroghe alla suddetta regola generale di chiusura: da un lato l'ipotesi di eccezione di incompetenza giurisdizionale, e dall'altro l'ipotesi di controversie soggette a competenza esclusiva ai sensi dell'art. 22. Trattandosi di una prescrizione volta a delimitare la sfera di applicazione della summenzionata regola generale, essa deve essere interpretata restrittivamente, per cui non è ammessa l'esclusione dell'applicazione della regola generale enunciata nel primo periodo dell'articolo medesimo per controversie differenti da quelle cui esso fa espresso riferimento. Tale assunto viene suffragato dall'applicazione analogica operata dalla Corte di Giustizia UE dell'interpretazione fornita all'art. 18 della Convenzione di Bruxelles del 1968 concernente la competenza giurisdizionale e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale, trattandosi di disposizione sostanzialmente identica all'art. 24 del regolamento citato (v. sentenze 24 giugno 1981, causa 150/80, Elefanten Schuh nonché 7 marzo 1985, causa 48/84, Spitzley).

Sulla base di tali premesse i giudici europei arrivano alla conclusione per cui, non costituendo regola di competenza esclusiva, il giudice adito deve dichiararsi competente nel caso in cui il convenuto si costituisca e non sollevi eccezione di difetto di giurisdizione. Con ciò si risolve peraltro anche la seconda questione concernente la possibilità di ricono-

scere la relativa decisione ai sensi dell'art. 35, n. 1 del regolamento, poiché nel caso di specie non vi è stata violazione delle regole di competenza giurisdizionale speciale (sentenza dd. 20.05.2010).

MB

In Italia le trattative non sono idonee ad interrompere la prescrizione – Esempio nel campo assicurativo

Diversamente da quanto previsto dal § 203 BGB (codice civile tedesco), la Cassazione ha di recente confermato il consolidato orientamento giurisprudenziale vigente in Italia che non riconosce alle trattative per comporre bonariamente la vertenza efficacia interruttiva della prescrizione. Si sostiene invece che non avendo le trattative quale precuo presupposto l'ammissione totale o parziale della pretesa avversaria, e non rappresentando, quindi, riconoscimento del diritto altrui ai sensi dell'art. 2944 c.c., non hanno efficacia interruttiva, né possono importare rinuncia tacita a far valere la prescrizione medesima, perché non costituiscono fatti incompatibili in maniera assoluta (senza, cioè, possibilità alcuna di diversa interpretazione) con la volontà di avvalersi della causa estintiva dell'altrui diritto, come richiesto dall'art. 2937 c.c., comma 3, a meno che dal comportamento di una delle parti non risulti il riconoscimento del contrapposto diritto di credito, e si accerti che la transazione è mancata solo per questioni attinenti alla liquidazione del credito e non anche all'esistenza di tale diritto. Sulla base di detto principio, la Cassazione ha poi sostenuto che in materia di svolgimento di una perizia contrattuale per la quantificazione del danno, il termine iniziale per il decorso della prescrizione è quello del consolidamento dei postumi e non già dalla conclusione della procedura arbitrale prevista dal contratto assicurativo. Infondato risulta con ciò per la Corte di Cassazione il motivo tendente ad attribuire efficacia interruttiva della prescrizione all'atto con il quale la compagnia inviti il contraente danneggiato a sottoporsi a visita medica (Sentenza dd. 11 novembre 2009 n. 1687).

MB

La perdita di bagagli da diritto al risarcimento della danno materiale e morale

Nel procedimento C-63/09 la Corte di Giustizia UE è stata chiamata ad esprimersi sul termine di «danno» contenuto nell'art. 22, n. 2 della Convenzione per l'unificazione di alcune norme relative al trasporto aereo internazionale conclusa a Montreal il 28 maggio 1999. La Corte ha statuito che il danno derivante dalla perdita di bagagli deve essere interpretato nel senso che include tanto il danno materiale quanto il danno morale, poiché ad avviso dei giudici europei „esiste senz'altro una nozione di danno, di origine non convenzionale, comune a tutti i sistemi di diritto internazionale...” (sentenza 6.05.2010).

MB

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Mitgegangen, mitgehangen

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 19.11.2009 (IX ZR 12/09) festgestellt, dass ein Rechtsanwalt in einer Partnerschaftsgesellschaft persönlich für einen beruflichen Fehler haftet, auch wenn er diesen nicht begangen hat. Dies ist dann der Fall, wenn er an einem Mandat weiterarbeitet, in dem zuvor ein anderer Kollege der Partnerschaft fehlerhaft tätig war und sich dadurch ein Schaden ergibt.

In dem entschiedenen Fall war der verklagte Rechtsanwalt in eine Sozietät eingetreten und hatte ein Mandat in einer Handelsvertretersache weitergeführt, bei der der vorherige Bearbeiter durch eine Klage an einen falschen Beklagten den Anspruch gegen den richtigen Beklagten bereits hatte verjähren lassen.

Der beklagte Anwalt wehrte sich mit der Vorschrift des § 8 Abs. 2 Partnerschaftsgesetz. Danach haftet in einer Partnerschaftsgesellschaft nur der Anwalt mit seinem eigenen Vermögen, der auch tatsächlich mit der Bearbeitung des Auftrages befasst war. Der Bundesgerichtshof folgt dieser Auslegung nicht. Wer objektiv eine Sache mitbearbeitet, muss dem Mandanten gegenüber haften, gleich, ob er selbst einen Fehler begangen hat oder nicht.

Ende des Notarsbeamten in Sicht

Das Notariatswesen in Deutschland ist sehr heterogen, selbst in den einzelnen Bundesländern ist es nicht einheitlich. Neben den „Nurnotaren“ (die dem italienischen und französischen Berufsbild entsprechen), gibt es in den ehemaligen preußischen Ländern „Anwaltsnotare“; der Notar ist dort eine Art Zusatzqualifikation zum Rechtsanwalt, für die sich jeder Rechtsanwalt nach einigen Jahren beruflichen Tätigkeit bemühen kann. Eine Besonderheit stellten bislang die in Baden-Württemberg tätigen Amtsnotare da. In Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg etc. ist der Notar bis heute kein Freiberufler, sondern Beamter.

Das Land Baden-Württemberg wird sich nun dem europäischen Druck in Richtung eines vereinheitlichten Berufsbildes beugen und sich den anderen Ländern anpassen. Ab dem Stichtag 01.01.2018 werden in Baden-Württemberg ausschließlich freie Notare, als sogenannte „Nurnotare“ tätig sein. Jeder der bisher im Staatsdienst stehenden Notare wird die Möglichkeit haben, zum Stichtag in die Freiberuflichkeit zu wechseln oder aber auch im Staatsdienst (wenn auch in anderer Funktion) zu verbleiben.

Anwalt beim Lampenkauf Verbraucher

Ein Rechtsanwalt, der bei e-Bay eine Lampe kauft, ist grundsätzlich als Verbraucher zu behandeln und hat entsprechend auch ein Widerrufsrecht. Dies hat – glücklicherweise – der BGH mit Urteil vom 30.09.2009 (VIII ZR 7/09) bestätigt. Der BGH stellt fest, dass solange eine natürliche Person

ein Rechtsgeschäft objektiv zu einem Zweck abschließt, der nicht offenbar einer gewerblichen oder sonstigen selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann, als Verbraucher anzusehen ist. Solange also keine Umstände hinzutreten, aus dem Verkäufer eindeutig annehmen kann, dass die Lampe für die Kanzlei bestellt wurde, verliert ein Rechtsanwalt den Schutz eines Verbrauchers nicht.

Ausländische Rechtsanwälte in Deutschland

Zu Beginn des Jahres 2010 waren 522 ausländische Rechtsanwälte in Deutschland zugelassen. 100 aus USA, 91 aus Großbritannien und auf dem dritten Platz: 51 aus Italien.

Gebührensatz mal fünf

Auch das fünffache Überschreiten des gesetzlichen Honorars kann für einen Strafverteidiger noch angemessen sein. Die Vermutung der Unangemessenheit kann der Verteidiger widerlegen, in dem er die konkreten Umstände – besondere Schwere und Bedeutung des Falles – darlegt. Der Verteidiger kann auch mit Niederlegung des Mandats drohen, wenn der Mandant in eine entsprechende Gebührenvereinbarung nicht einwilligt, soweit dies nicht unmittelbar vor der Hauptverhandlung erfolgt (BGH vom 04.02.2010, IX ZR 18/09).

Terminologie im M&A

Die NJW hat erstmals in ihrer Ausgabe 12/2010 (Seite 829ff) ein Glossar der englischen Begriffe und Abkürzungen, die heutzutage im M&A-Geschäft gebräuchlich sind, veröffentlicht (Hanke/Socher, Fachbegriffe aus M&A und Corporate Finance). Das Glossar ist klar, verständlich und empfehlenswert. Ebenfalls sind Checklisten zur Due Diligence und den dann folgenden Phasen eines Unternehmenskaufs enthalten. Die Reihe wurde fortgesetzt.

Venedig: Klagen ohne Steuernummer nichtig

Das Oberlandesgericht Venedig hat mit Rundschreiben vom 04.01.2010 über den zuständigen Vorsitzenden der Anwaltskammern allen Rechtsanwälten in ihrem Bezirk mitgeteilt, alle prozesseleitenden Schriftstücke, mit denen sich der Anwalt bei Gericht bestellt, für nichtig zu erachten, wenn der Rechtsanwalt nicht die Steuernummer seines Mandanten angibt. Das entsprechende Rundschreiben liegt uns vor.

Niederlassungsfreiheit: Befreiung der Meldepflicht an die Versorgungskasse für italienische Kollegen im Ausland

Italienische Kollegen sind von der Meldepflicht in Bezug auf ihr Einkommen und auf ihren Gesamtumsatz befreit, wenn sie in einem anderen Mitgliedsstaat ständig tätig sind und dort einem Versorgungswerk beigetreten sind (Kassationshof 24784/09).

Aufrechnungsverbot für italienische Kollegen entfallen

Der Kassationshof hat in seiner Entscheidung 18030/10 vom 12.05. entschieden, dass sich ein Rechtsanwalt nicht ungerechtfertigt bereichert, wenn er Fremdgeld seines Mandanten einbehält und mit einer eigenen Forderung verrechnet. Wenn die Forderung bestimmt, liquide und fällig war, wäre strafrechtlich hieran nichts auszusetzen. Ständesrechtliche Verbote, die in Italien noch gelten, könnten nur zu Disziplinarverfahren führen, hätten aber strafrechtlich eben keine Auswirkung.

Entschädigung für überlange Verfahrensdauer

In Deutschland beträgt die Verfahrensdauer in der ersten Instanz im Schnitt neun bis zehn Monate. Viele Ausnahmen bestätigen jedoch die Regel, sodass der EuGH in Deutschland alleine 58 Mal wegen überlanger Prozessdauer verurteilt hat. Das Justizministerium hat jetzt einen Entwurf für ein Entschädigungsgesetz vorgelegt, das eine Entschädigung von 100,00 Euro im Monat für die geschädigte Prozesspartei vorsieht (Referentenentwurf vom 21.04.2010).

Der deutsche Anwaltsverein hat in einer Pressemitteilung vom Mai 2010 den Entschädigungsbetrag kritisiert. Das Justizministerium hätte die Rechtsprechung des EuGH nicht verstanden. Ein „Cut“ von 100 Euro im Monat würde dem tatsächlich entstandenen Schaden in vielen Fällen unzureichend Rechnung tragen.

Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidung

Der BGH hat mit Beschluss vom 21.01.2010 (IX ZB 193/07) entschieden, dass der Schuldner sich im Verfahren auf Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen nicht darauf berufen kann, dass ihm das verfahrenseinleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nicht zugestellt worden ist, wenn ihm im Ursprungsland noch ein Rechtsbehelf zur Verfügung stand mit dem er dies geltend machen hätte können. Wenn die Zustellung der für vollstreckbar erklärenden Entscheidung erst mit dem Antrag auf Vollstreckbarerklärung erfolgt, muss das Beschwerdegericht in Deutschland evtl. das Verfahren aussetzen und dem Schuldner eine Frist setzen, in der er den Rechtsbehelf bei dem ausländischen Gericht einzulegen hat.

Wischi Waschi

Das OLG München hat entschieden, dass auch die wiederholte Bezeichnung des Sachvortrags einer Partei durch den Richter als „Wischi Waschi“ für sich genommen nicht die Besorgnis einer Befangenheit im Sinne des § 42 Abs. 2 ZPO begründet (7 W 2449/09).

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

La responsabilità personale non vale per l'avvocato socio

La Corte di Cassazione federale tedesca ha stabilito con sentenza dd. 19.11.2009 (nella causa IX ZR 12/09) che un avvocato socio di un'associazione in partecipazione (Partnerschaftsgesellschaft) risponde personalmente per un errore professionale di terzi. Ciò si avvera, ad esempio, nell'ipotesi in cui egli prosegue il mandato iniziato da altro collega associato, il quale ha commesso degli errori nell'espletamento dell'incarico provocando dei danni.

Nel caso di specie l'avvocato era entrato a far parte di un'associazione professionale ed aveva proseguito il mandato relativo ad una questione pertinente il diritto commerciale in cui il precedente collega aveva fatto decorrere la prescrizione, citando in giudizio il convenuto sbagliato.

L'avvocato convenuto in giudizio si difendeva sulla base del § 8, comma 2 del Partnerschaftsgesetz (legge tedesca sulle associazioni in partecipazione), per effetto del quale in questi casi l'avvocato risponde con il proprio patrimonio solo ove abbia eseguito effettivamente il mandato. La Corte di Cassazione federale tedesca ha negato l'applicabilità di tale norma, ritenendo che viga sul punto una responsabilità oggettiva per tutti coloro che partecipano al mandato, indipendentemente da chi abbia compiuto l'errore.

La figura notarile tedesca cambia

Il notariato tedesco si presenta in modo molto eterogeneo in Germania e nei singoli Stati federali tedeschi. Oltre ai notai comparabili alle figure conosciute in Italia ed in Francia, nei vecchi Stati prussiani sopravvive ancora la figura dei cd. „Anwaltsnotare“ (notai-avvocati), dove la qualifica di notaio si aggiunge a quella dell'avvocato, il quale può richiederla decorsi alcuni anni di pratica forense. Un'ulteriore particolarità è poi prevista nel Baden-Württemberg dove esercitano i cd. „Amtsnotare“. Così a Stoccarda, Karlsruhe e Heidelberg, ad esempio, il notaio non è un libero professionista bensì un pubblico ufficiale.

Piegandosi alle pressioni europee, il Baden-Württemberg intende conformarsi ora al quadro professionale comune, riconoscendo a partire dall'01.01.2018 alla figura del notaio la sola qualifica di libero professionista. I notai-pubblici ufficiali esercenti in tale stato federale potranno scegliere in tale data se rimanere nel pubblico impiego – rivestendo tuttavia un altro ruolo – oppure proseguire l'attività notarile in veste di libero professionista.

L'acquisto di una lampada qualifica l'avvocato quale consumatore

L'avvocato che acquista su e-Bay una lampada è considerato a tutti gli effetti consumatore al quale compete un conseguente diritto di recesso. Tale prin-

cipio è stato ora consacrato dalla Corte Federale di Cassazione tedesca con sentenza dd. 30.09.2009 (causa VIII ZR 7/09). La Corte riconosce carattere di acquisto privato al negozio concluso da una persona fisica per scopo non professionale. Fino a quando quindi non sorgono circostanze tali dalle quali il venditore possa desumere che la lampada è stata ordinata per lo studio legale, l'avvocato è soggetto alla tutela del consumatore.

Avvocati stranieri in Germania

All'inizio del 2010 in Germania esercitavano 522 avvocati stranieri, di cui 100 provenienti dagli USA, 91 dalla Gran Bretagna e 51 dall'Italia (terzo posto!).

Quintuplicare l'onorario

Il penalista tedesco può quintuplicare il proprio onorario, dimostrando le circostanze che giustificano in concreto l'aumento. Egli può addirittura rinunciare al mandato se il cliente non acconsente, fatta eccezione per il caso in cui l'udienza dibattimentale sia imminente (Corte Federale di Cassazione tedesca dd. 04.02.2010, nella causa IX ZR 18/09).

La terminologia nel settore M&A

Sul n. 12/2010 la NJW (pagg. 829ss) ha riportato un glossario con i termini e le abbreviazioni in inglese più utilizzati nel settore dell'M&A (Hanke/Socher, Fachbegriffe aus M&A und Corporate Finance). Tale glossario, che è molto chiaro e di cui consigliamo la lettura, contiene anche una lista sulla Due Diligence e sulle varie fasi della vendita di un'impresa. La serie prosegue.

Venezia: nullità dell'atto di citazione privo del codice fiscale

La Corte d'Appello di Venezia informa con una sua circolare dd. 04.01.2010 che l'atto di citazione privo del codice fiscale delle parti è nullo. Siamo in possesso della copia di una circolare in merito.

Libertà di stabilimento: Dispensa dall'obbligo di dichiarazione alla Cassa forense italiana per i colleghi italiani che esercitano in altro Stato Membro

In seguito alla sentenza della Corte di Cassazione n. 24784/09, i colleghi italiani che esercitano in modo stabile in altro Stato Membro e siano iscritti alla Cassa forense dello Stato ospitante non sono tenuti a dichiarare il proprio reddito alla Cassa forense italiana.

Via libera alla compensazione per i colleghi italiani

La Corte di Cassazione ha stabilito con sentenza n. 18030/10 dd. 12.05.10 che all'avvocato non è ascrivibile un arricchimento senza causa ove trattienga le somme spettanti al proprio cliente per compensare i propri onorari dovuti. Se gli onorari sono

liquidi esigibili e certi non è riscontrabile alcuna ipotesi penale. Al più si potrebbe ipotizzare una questione disciplinare.

Risarcimento per eccessiva durata del processo in Germania

La durata media di un processo civile di primo grado in Germania è di ca. 9/10 mesi. Le tante eccezioni confermano la regola. Ed invero sino ad oggi la Germania è stata condannata ben 58 volte dalla Corte europea per eccessiva durata del processo.

A fronte di tale realtà, il Ministero della Giustizia tedesco ha ora avanzato una proposta di legge in materia con la quale si prevede un indennizzo di 100,00 Euro mensili per la parte processuale danneggiata (proposta di legge dd. 21.04.2010).

In un comunicato stampa del Deutscher Anwaltverein (associazione di avvocati tedesca) reso nel maggio 2010, tale proposta viene aspramente criticata, poiché sarebbe stata male interpretata la giurisprudenza della Corte europea. L'importo proposto non sarebbe infatti idoneo a risarcire il danno effettivamente patito.

Esecuzione di decisioni straniere

Con ordinanza dd. 21.01.2010 (nella causa IX ZB 193/07) la Corte Federale di Cassazione tedesca ha statuito che in un procedimento volto a dare esecuzione ad una decisione straniera, il debitore non può sostenere che l'atto introduttivo o altro atto non gli sarebbe stato notificato ove in base al diritto vigente nel paese d'origine egli avrebbe avuto la possibilità di impugnare tale circostanza con altro mezzo processuale. Nel caso in cui la notifica della decisione da dichiararsi esecutiva avvenga solo con la richiesta di esecutività, il giudice tedesco dovrà sospendere il processo dando un termine al convenuto entro cui egli potrà adire le vie giudiziarie presso il giudice straniero competente.

Wischi Waschi, ovvero la qualifica del „nonsens“ secondo la giurisprudenza tedesca

La Corte d'Appello di Monaco ha stabilito che non è ricusabile il giudice ai sensi del § 42, comma 2 ZPO (codice di procedura civile tedesco) che definisca „Wischi Waschi“ - termine tedesco utilizzato per definire una tesi priva di senso o troppo generica – la tesi prospettata da una parte processuale nel corso di un processo (causa civile 7 W 2449/09).

STEUERRECHT

Unkooperative Staaten

Bei Geschäftsbeziehungen in „unkooperative“ Staaten gelten neuerdings besondere Mitwirkungs- und Informationspflichten. Dies geht aus der „Steuerhinterziehungsbekämpfungsverordnung“ vom 18.09.2009 hervor. Übersteigen die Umsätze mit dem jeweiligen Geschäftspartner aus dem „unkooperativen Staat“ 10.000,00 Euro im Jahr, müssen besondere Aufzeichnungen erstellt werden, die das Geschäft vollständig und nachvollziehbar darlegen. Nachdem aber alle potentiellen Steueroasen ihre Bereitschaft zur Auskunftserteilung gegenüber dem deutschen Fiskus erteilt haben, steht zur Zeit kein Staat auf der schwarzen Liste. Dies geht aus einem Anwendungsschreiben des Bundesfinanzministeriums vom 05.01.2010 hervor (IV B 2-S 1315/08/10001-09).

Geschäftsreisen und private Nutzung

Der Bundesfinanzhof hat mit seinem Beschluss vom 21.09.2009 festgestellt, dass Aufwendungen für Reisen bei gemischt privater Nutzung (geschäftlich und privat) nun getrennt dem beruflichen und privaten Anlass zugeordnet werden können. In Zukunft können Teile der Reisekosten einer privaten Reise abgezogen werden, wenn auch eine betriebliche – nicht unbedeutende- geschäftliche Mitveranlassung bestand.

Neue EU-Vorschriften zur Umsatzsteuer

Die Richtlinien EU 8/2008 und 177/2008 sind in Deutschland und in Italien – wie auch EUweit - mit

Wirkung zum 01.01.2010 umgesetzt worden. Die Änderungen betreffen:

- Die Bestimmung des Erfüllungsortes der Dienstleistung;
- Das neue Erstattungsverfahren für die Vorsteuer – jetzt ist der Staat zuständig, in dem das Unternehmen, das den Erstattungsanspruch stellt, seinen Sitz hat;
- Zusammenfassende Meldungen sollen auch für Dienstleistungen abgegeben werden.

a) Reform des Besteuerungsortes der Dienstleistungen, die B2B (Business to Business) erbracht werden.

Am 01.01.2010 sind neue Vorschriften in Kraft getreten, die den Ort der Dienstleistung betreffen. Der Besteuerungsort wird jetzt dort angenommen, wo der unternehmerische Dienstleistungsempfänger seinen Sitz hat (hier ist nicht der Rechtssitz, sondern der tatsächliche Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit gemeint). Wenn der Leistungsempfänger und der Dienstleister sich in verschiedenen Staaten befinden, muss daher der Dienstleistungsempfänger die Mehrwertsteuer im Erstattungsverfahren anmelden. Das bedeutet, dass von nun an der Kunde, der der Mehrwertsteuer unterliegt, diese beim eigenen Finanzamt anmelden muss. In den Fällen, in denen Dienste an Personen erbracht sind, die nicht gewerblich tätig sind, sog. B2C (Business to Consumer) bleibt es beim Besteuerungsort des Dienstleisters. Es gibt weitere Ausnahmen bei bestimmten

Dienstleistungen, die vom Grundsatz des Besteuerungsortes des Dienstleistungsortes abweichen, sowohl in B2B, wie auch B2C.

b) Reform des Erstattungsverfahrens ausländischer Vorsteuer

Am 01.01.2010 ist das Vorsteuererstattungsverfahren zugunsten von Antragsstellern, die ihren Sitz in der EU haben, durch ein neues, vollständig elektronisches Verfahren ersetzt worden; zuständig ist zunächst das Finanzamt des Mitgliedsstaates, in dem der Antragssteller seinen Sitz hat. Zweck der Reform ist es, zu einem schnelleren und sichereren Erstattungsverfahren zu gelangen. Ein italienisches Unternehmen kann die ausländische Vorsteuer nunmehr durch die zuständige italienische Behörde in diesem neuen Erstattungsverfahren beantragen.

c) Einführung eines neuen Meldeverfahrens: Zusammenfassende Meldung für Dienstleistungen innerhalb der EU.

Zur Bekämpfung des Steuerbetruges und um eine bessere Kommunikation zwischen den Mitgliedsstaaten über innergemeinschaftliche Dienstleistungen zu erreichen, sind zum 01.01.2010 neue Meldeverfahren eingeführt worden. So ist auch die Pflicht einer zusammenfassenden Meldung bezüglich von Dienstleistungen B2B zugunsten von Unternehmen eingeführt worden, die ihren Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat haben und dort eben Steuerschuldner sind. MC

VERTRIEBSRECHT

Neue Gruppenfreistellungsverordnung im Kfz-Sektor in Kraft getreten

Zum 01.06.2010 ist die EU-Verordnung 330/2010 in Kraft getreten. In Zukunft werden Verbraucher ihre Gewährleistungsansprüche gegenüber dem Hersteller ihrer Automobile nicht verlieren, wenn sie Reparaturen in freien Werkstätten durchführen lassen. Es wird aber dabei bleiben, dass Garantieleistungen, die der Hersteller selbst bezahlt, auch von besonderen, von ihm autorisierten Vertragswerkstätten durchgeführt werden müssen.

Stärkere Rechte für Händler im Internet

Internethändler sind für Produzenten, die sich nach einem geschlossenen Vertriebssystem sehnen, ein Dorn im Auge. Ein Internethändler kann von überall an jeden in überall Waren verkaufen. Die EU-Kommission will die Rechte der Internethändler nun weiter stärken; danach darf der Internethandel nicht auf einen Teil des Umsatzes des Händlers beschränkt werden. Der Hersteller darf aber weiterhin verlangen, dass der Internethändler auch ein traditionelles Ladengeschäft betreiben muss (EU-Kommission vom 20.04.2010).

RECHT & REISE

Flugprämien einer Fluggesellschaft: AGB-Kontrolle

Wenn die allgemeinen Bedingungen eines Flugprämienprogramms einer Luftfahrtgesellschaft vorsehen, dass die einlösbaren Bonuspunkte ihre Gültigkeit sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung verlieren, benachteiligen sie den Flugreisenden entgegen dem Gebot von Treu und Glauben und sind daher unwirksam (Urteil vom 28.01.2010 – Xa ZR 37/2009 Bundesgerichtshof).

Code-Sharing und Schadensersatz

Der BGH hat mit Urteil vom 26.11.2009 entschieden, dass im Falle des Code-Sharing nur dasjenige Luftfahrtunternehmen, das den Flug tatsächlich durchführt, zum Schadensersatz verpflichtet ist. Nur dieses ist ausführendes Luftfahrtunternehmen im Sinne des Artikel 2 Lit.B Fluggastrechteverordnung und damit im Falle der Annullierung des Fluges zur Unterstützung von Leistungen und Ausgleichsleistungen verpflichtet (Xa ZR 132/08).

RECHT & SCHULE

Internet: Lehrerbewertung grundsätzlich zulässig

Eine Lehrerin hatte dagegen geklagt, dass Ihre Schüler in dem Internetportal „spickmich.de“ Bewertungen über ihre Leistungen abgaben. Sie fühle sich in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt. Der BGH gab dem Schüler Recht; die Bewertungen der Schüler stellten Meinungsäußerungen im beruflichen Bereich dar, bei dem der Betroffene weniger schützenswert sei als in der Privatsphäre (Urteil vom 23.06.2009 – VI ZR 196/08).

Tragen eines Kopftuchs als Lehrerin

Lehrer haben sich neutral zu kleiden. Im Gegensatz zur privaten Wirtschaft, bei der ein „Kopftuchverbot“ gegen die Persönlichkeitsrechte des Arbeitnehmers verstoßen könnte, gebietet es die Neutralitätspflicht des Staates, ein solches durchzusetzen.

Ein Urteil des BAG vom 10.12.2009 (2 AZR 55/09) hat jetzt für zusätzliche Diskussion gesorgt: Das Bundesarbeitsgericht hat die Kündigung einer muslimischen Lehrerin für gerechtfertigt gehalten, die trotz Abmahnung das Kopftuch nicht abnehmen wollte. In dem besonderen Fall unterrichtete die Lehrerin aber ausschließlich Kinder islamischen Glaubens im sog. muttersprachlichen Unterricht. Ob in diesem Fall das Neutralitätsgebot des Staates nicht anders hätte interpretiert werden müssen, ist eine gute Frage.

DIRITTO TRIBUTARIO

Stati non cooperativi

In caso di rapporti commerciali con soggetti residenti nei c.d. „Stati non cooperativi” in Germania sono entrati in vigore nuovi obblighi cooperativi ed informativi a carico del contribuente. Ciò si evince dal regolamento sulla lotta all'evasione fiscale del 18.09.2009. Qualora l'importo degli affari con i partner commerciali siti in tali Stati non cooperativi superi i 10.000,00 € nell'arco di un anno, vi sono obblighi specifici di contabilità - più severi - che consentono una rappresentazione completa e condivisibile dell'operazione. Dopo che quasi la totalità dei paradisi fiscali ha manifestato la propria disponibilità al fisco tedesco in merito alla trasmissione di informazioni, al momento nessuno Stato è sulla „black list”, come si evince da una recente circolare del ministero delle finanze del 05.01.2010.

Viaggi di lavoro ed uso privato

La Corte Suprema Tributaria, con ordinanza del 21.09.2009, ha stabilito che le spese relative ai viaggi ad uso promiscuo (viaggio sia aziendale che privato) possano da ora essere proporzionalmente attribuite alla rispettiva sfera privata e aziendale. In futuro sarà in tal modo possibile dedurre parte delle spese di un viaggio privato, qualora tale viaggio sia stato intrapreso anche per un fine aziendale se non di minima rilevanza.

Nuova normativa IVA: rilevanti modifiche in ambito comunitario

Le direttive CE 2008/8 e 2008/177 sono state recepite nell'ordinamento tedesco, nell'ordinamento italiano, così come negli altri Stati dell'UE, con efficacia a decorrere dal 01.01.2010. Le modifiche introdotte concernono:

- a) la rideterminazione del luogo di prestazione dei servizi
- b) la nuova modalità di rimborso della Iva detraibile - ora di competenza dello Stato membro ove ha sede l'impresa richiedente
- c) la previsione dell'obbligo della dichiarazione Intrastat anche in riferimento ai servizi.

a) Riforma del luogo di tassazione delle prestazioni di servizio in B2B

Dal 1 gennaio 2010 sono entrate in vigore le nuove regole riguardanti il luogo delle prestazioni di servizi: il luogo di imposizione della prestazione di servizi forniti ad un soggetto è il luogo dove l'acquirente del servizio è stabilito, (il luogo della sede della sua attività economica) e non quello dove è stabilito il beneficiario. Se il beneficiario e l'acquirente di servizi sono stabiliti in Stati membri differenti, spetterà dunque all'acquirente dichiarare l'IVA in base al meccanismo generalizzato dell'auto-liquidazione. Dunque, d'ora in poi spetterà al cliente sottoposto ad IVA dichiararla presso la propria amministrazione fiscale. Tuttavia, nel caso di prestazioni di servizi forniti a persone non sottoposte, (operazioni dette B2C) il luogo di imposizione rimane quello dove il benefi-

ciario è stabilito. Deroghe ai principi di tassazione: in alcuni casi, il principio generale di localizzazione delle prestazioni fornite sia ai soggetti sottoposti ad IVA che ai non sottoposti viene sostituito da regole specifiche che rispondono al principio dell'imposizione del servizio sul luogo di consumazione.

b) La modernizzazione della procedura di rimborso dell' IVA straniera

Dal primo gennaio 2010, la precedente procedura di rimborso dell' IVA in favore di soggetti residenti in uno Stato membro dell'Unione europea è stata sostituita da una nuova procedura interamente elettronica, facendo intervenire a monte lo Stato membro di stabilimento del richiedente. L'obiettivo delle istanze comunitarie è di assicurare un trattamento più veloce e più sicuro delle domande di rimborso di IVA. Il soggetto o l'impresa interessata potrà ottenere il rimborso presso le competenti autorità italiane attraverso la nuova procedura di rimborso dell' IVA.

c) Una nuova formalità amministrativa: dichiarazione riassuntiva per i servizi intracomunitari

Al fine di contrastare la frode fiscale e assicurare una migliore comunicazione delle notizie riguardanti le prestazioni di servizi intracomunitari tra Stati membri, a partire dal 1 gennaio 2010, sono in vigore dei nuovi obblighi dichiarativi. È così prevista l'estensione dell'obbligo di presentazione della dichiarazione riassuntiva anche in riferimento alle prestazioni di servizi B2B eseguite in favore di soggetti imprenditori con sede in un altro Stato membro, che sono debitori di imposta nel relativo Stato.

DISTRIBUZIONE

Nuovo regolamento nel settore automobilistico

In data 01.06.2010 è entrato in vigore il regolamento 330/2010 dell'UE. In futuro i consumatori non perderanno i propri diritti di garanzia nei confronti dei produttori automobilistici nemmeno qualora facciano riparare la propria vettura da un'autofficina non autorizzata. Per quanto riguarda, invece, le prestazioni pagate dal produttore di automobili in garanzia, la legge resta invariata: in questo caso specifico la casa automobilistica può obbligare il consumatore a far eseguire qualsiasi forma di riparazione da un'officina da lei autorizzata.

Il commercio via internet più forte

I commercianti via internet costituiscono una spina nel fianco per i produttori mirati ad un sistema di distribuzione chiuso, posto che tali commercianti possono vendere da qualsiasi posto a qualsiasi persona. La Commissione UE è ora intenzionata a rinforzare ulteriormente i diritti di coloro che commerciano via internet, proponendo di non limitare più il commercio via internet ad una parte del fatturato. Il produttore potrà tuttavia ancora pretendere che il commerciante via internet svolga parallelamente un esercizio tradizionale (Commissione EU dd. 20.04.2010).

DIRITTO & VIAGGIO

Biglietti premio delle compagnie aeree: verifica delle condizioni generali del contratto

Le condizioni generali di una compagnia aerea riguardo ai voli premio sono nulle se prevedono che i punti bonus perdano la loro validità dopo soli sei mesi a partire dalla ricezione della disdetta: le condizioni generali penalizzano il passeggero e sono contrarie al principio di buona fede (sentenza del 28 gennaio 2010 - Xa ZR 37/2009, Corte di Cassazione federale tedesca).

Code-Sharing e risarcimento dei danni

Nel caso del cosiddetto Code-Sharing, solo la compagnia aerea che esegue il volo è tenuta a risarcire il danno materiale del passeggero. È quanto ha deciso la Corte di cassazione federale tedesca nella sentenza del 26 novembre 2009 (Xa ZR 132/08). Infatti, secondo l'art. 2 lettera b del Regolamento UE relativo ai diritti dei passeggeri in aviazione, solo la compagnia aerea che esegue effettivamente il volo è obbligata - in caso di annullamento del volo - ad indennizzare i passeggeri colpiti dall'inconveniente.

DIRITTO & SCUOLA

Internet: Ammissibile valutazione insegnanti

Un'insegnante aveva proposto domanda giudiziale contro le valutazioni sul suo operato rilasciate dai suoi alunni sul portale „spickmich.de”, obiettando una violazione del suo diritto alla personalità. La corte federale suprema (BGH) dava invece ragione agli studenti; le valutazioni degli alunni rappresentano delle opinioni nell'ambito professionale che sono per l'interessato meno degne di tutela rispetto a quelle rivolte alla sfera privata di un soggetto (sentenza del 23.06.2009 - VI ZR 196/08).

Insegnanti: Divieto di indossare il velo islamico

La legislazione scolastica prevede un obbligo di neutralità nell'abbigliamento dell'insegnante, diversamente dall'economia privata, nella quale un divieto di indossare il velo potrebbe violare i diritti della personalità del dipendente.

Una sentenza della Corte federale del lavoro (BAG) del 10.12.2009 (2 AZR 55/09) ha ora dato adito ad ulteriori discussioni: la Corte ha ritenuto legittimo il licenziamento di un'insegnante musulmana, che nonostante diverse ammonizioni non voleva togliere il velo. Nel caso particolare però, l'insegnante faceva lezione esclusivamente a bambini di fede islamica. La questione è pertanto se in questo particolare caso l'obbligo di neutralità dello Stato sia comunque leso.

IMMOBILIEN ITALIEN

Amnestie für Bausünden

In Italien warten die Eigentümer von Immobilien, die ohne Baugenehmigung errichtet wurden, auf die neuen Entscheidungen der Regierung; da die Staatskassen leer sind, ist die Möglichkeit einer „nachträglichen Heilung“ gegen Zahlung der entsprechenden Gebühren wahrscheinlich. Um dem zu erwartenden Proteststurm zu begegnen, spricht die Regierung zur Zeit nur davon, „Miniabusi“ zu heilen. Wir warten ab.

Angabepflichten bei Registrierung von Mietverträgen

Mit Artikel 19, Abs. 15, Gesetzesdekret 78/2010 hat die Regierung die Pflicht der Mietvertragsparteien eingeführt, bei Registrierung der Mietverträge die Katasterdaten des Mietobjektes (Immobilie oder Grundstück) anzugeben.

Zweck der Vorschrift, die am 01.07.2010 in Kraft treten wird, ist es, Immobilien ohne Baulizenz oder die nicht katastermäßig erfasst sind, aufzuspüren und somit neue Steuerquellen für ICI (Kommunalsteuer) und IRPEF (Einkommenssteuer) zu schöpfen.

Die Eintragung der Katasterdaten wird in den Registrierungsantrag aufgenommen, der formularmäßig via Internet oder in Papierform abgefasst werden muss (sog. „Modello 69“); die Mietvertragsparteien wenden sich damit an das für die Einnahme der Registrierungsgebühr zuständige Finanzamt.

Zu diesem Zwecke werden neue Formulare gedruckt werden müssen, da auf den derzeitigen Mustern für die Katasterangabe schlicht kein Platz zur Verfügung steht.

Bei fehlender Angabe ist eine Geldbuße von 120% bis 240% der Registrierungsgebühr vorgesehen. Beispielsweise würde bei einem Mietvertrag bei einem monatlichen Mietzins von 600 Euro und einer Registersteuer von 2% sich die Geldbuße zwischen 172,80 Euro und 345,60 bewegen. Über die Geldbuße hinaus wird das Finanzamt die ordnungsgemäße steuerliche und katastermäßige Erfassung der Immobilie prüfen, um auch hier evtl. Gebühren- oder Steuerhinterziehungen festzustellen.

NEUES AUS EUROPA

Fernabsatzverträge: Bei Rücktritt sind dem Verbraucher auch die Hinsendungskosten zu erstatten

Im Rechtsstreit C 511/08 hat der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 15. April 2010 festgestellt, dass Artikel 6 NN Ziffer 1 Abs. 1 Satz 2 und 2 der Richtlinie 7/97. (Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz) dahingehend auszulegen ist, dass eine nationale Vorschrift, nach der der Händler im Fernabsatz dem Verbraucher die Kosten für die Rücksendung der Ware im Falle des Rücktritts auferlegen kann, nichtig ist. Der Gerichtshof ist hier den Anträgen des Generalanwalts gefolgt, der darlegte, dass eine solche Regelung den Verbraucher entmutigen würde, vom Rücktrittsrecht Gebrauch zu machen und dass eine solche Regelung zu einer unangemessenen Risikoverteilung führen würde, wenn der Verbraucher alle Transportkosten für die Rücksendung zu tragen hätte.

Strafzettel ohne Grenzen

In Zukunft sollen Geldstrafen und Geldbußen grenzüberschreitend vollstreckt werden können. Die Bundesregierung hat in einem Gesetzesentwurf einen EU-Rahmenbeschluss umgesetzt, nach dem Geldsanktionen innerhalb der EU gegenseitig anerkannt werden sollen (BT-DR 17/1288).

Ein Schlupfloch scheint es aber noch zu geben; in einem vom Hamburger Finanzgericht entschiedenen Fall urteilte das deutsche Gericht, dass die Vollstreckung eines österreichischen Bußgeldbescheides in Deutschland gegen die Verfassung verstoße, da nicht der Fahrer, sondern der Halter bestraft werde. Dieser sollte dafür sanktioniert werden, dass er als Halter des Fahrzeuges keine Auskunft über Namen und Anschrift der Person gegeben habe, der er sein Auto überlassen hatte. Das verstoße gegen das Verbot des Zwangs zur Selbstbezeichnung und gegen das Schweigerecht des Betroffenen (Hamburger Finanzgericht 1 V 289/09, zitiert aus Financial Times Deutschland vom 11.05. „Knöllchen internationale“).

Hauptinsolvenzverfahren und Vollstreckung in den anderen Staaten

Wie der EuGH festgestellt hat, sind nach Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens die Behörden eines

jeden anderen Mitgliedsstaates verpflichtet, alle Entscheidungen im Zusammenhang mit diesem Verfahren anzuerkennen und zu vollstrecken. Sie dürfen deshalb auch keine Vollstreckungsmaßnahmen in Vermögenswerte des Schuldners anordnen, die sich im eigenen Land befinden, wenn das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung dies nicht erlaubt (Urteil vom 21.01.2010 C 444/07).

Freie Anwaltswahl bei M4ssenschadenfällen

Der EuGH hat in seiner Entscheidung vom 10.09.2009 (C 199/08) das Recht des Versicherungsnehmers gestärkt, sich auch bei einem Massenschaden, in dem durch das selbe Ereignis eine größere Anzahl von Versicherungsnehmern geschädigt worden ist, einen eigenen Anwalt auszusuchen. Die Rechtsschutzversicherung war der Auffassung, dass aus Kostengründen Massenschäden durch einen einzigen Anwalt abgewickelt werden sollten.

Informationspflicht nach DL-InfoV

Die europäische Dienstleistungsrichtlinie 123/2006 hat zu weitreichenden Informationspflichten für Dienstleistungserbringer geführt. Der deutsche Gesetzgeber hat die Richtlinie in seiner Dienstleistungs- Informationspflichtenverordnung (DL-InfoV) umgesetzt. Ab 17.05.2010 müssen Dienstleister ihre Auftraggeber richtlinienkonform über viele Dinge informieren. Dies betrifft auch Rechtsanwälte, die dem Mandanten bei Mandatierung entsprechende Informationen zur Verfügung stellen müssen. Im Anwaltsblatt 6/2010, (Seite 419ff, P. Schöns, Europas neuester Streich: „Informationspflichten für Anwälte“) ist ein Katalog mit den entsprechenden Informationen enthalten.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Internetseite www.portal21.de hingewiesen. In Artikel 21 der Richtlinie wurden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, über die Voraussetzung für die Aufnahme und Ausübungen von Dienstleistungen in den anderen Mitgliedsstaaten zu informieren. In Deutschland ist dies durch diese Internetseite ermöglicht worden. Durch einen Klick auf die Europakarte kann der deutsche Verbraucher den Stand der Umsetzung in dem einzelnen Mitgliedsstaat in Erfahrung bringen.



Watch the Court

Es gibt Urteile von Gerichten, die schlichtweg nicht nachvollziehbar und auf den ersten Blick rechtswidrig sind. Diese führen dazu, dass Anwälte in Erklärungsnot kommen können, da sie ihren Mandanten die offensichtliche Rechtslage nicht mehr vermitteln können.

Ein Forschungsprojekt der freien Universität Berlin hat es sich zur Aufgabe gemacht, die größten Fehlentscheidungen zu sammeln.

Unter www.watchthecourt.org können besonders falsche Entscheidungen eingesendet und eingesehen werden.

PAGINA
IMMOBILIARE

ULTIME DALL'EUROPA

I proprietari di case abusive sono in attesa delle decisioni del Governo italiano circa la nuova manovra economica che dovrebbe portare soldi freschi nelle casse dello stato, e, come oramai consuetudine, in queste situazioni pensa sempre ad un nuovo condono edilizio. In considerazione delle proteste che anche questa volta sono state sollevate, il Governo parla ora solo di un condono per „miniabusu“. Staremo a vedere.

Con l'art. 19, comma 15, del decreto legge 78/2010 il Governo ha ora introdotto l'obbligo di indicare al momento della registrazione dei contratti di locazione o affitto i dati catastali del fabbricato o del terreno che si concede in affitto. Tale norma, che entrerà in vigore dal 1° luglio 2010, ha lo scopo evidente di portare alla luce immobili abusivi o non abusivi che non siano accatastati, e che quindi attualmente non vengono sottoposti ai prelievi tributari di ICI ed IRPEF.

L'inserimento dei dati catastali dovrà avvenire nella „richiesta di registrazione“, cioè nel modulo che va compilato, in via telematica o su carta per ottenere la registrazione del contratto (detto anche „modello 69“), con il quale gli atti soggetti a registrazione vengono canalizzati verso l'Agenzia delle entrate, competente per l'imposta di registro.

Il problema pratico da risolvere entro la data di entrata in vigore è dato dal fatto che gli attuali moduli di registrazione prevedono solo caselle per l'inserimento dei dati dei soggetti, della natura e del valore dell'atto, ma non dei dati catastali. Essi quindi dovranno essere ridisegnati in modo che prevedano tale adempimento.

In caso di mancata o errata indicazione dei dati catastali, la norma prevede l'applicazione di una sanzione compresa tra il 120 e il 240% dell'importo dell'imposta di registro dovuta per la registrazione del contratto. Così, ad esempio, nel caso di locazione di un appartamento con un canone di 600 Euro ed un'imposta di registro del 2%, la sanzione andrebbe da un minimo di 172,80 euro ad un massimo di 345,60 Euro.

Da non dimenticare peraltro che oltre la suddetta sanzione, tale operazione di inserimento dei dati catastali potrà far scattare il controllo incrociato, tra banche dati dell'anagrafe tributaria e del catasto, per verificare appunto il regolare pagamento, o l'eventuale evasione di Irpef e Ici.

gg

Contratti a distanza: in caso di recesso vanno rimborsate anche le spese di consegna

Nella causa C-511/08 la Corte di Giustizia UE ha statuito con sentenza 15 aprile 2010 che l'art. 6, n. 1, primo comma, seconda frase, e 2 della direttiva 97/7/CE, riguardante la protezione dei consumatori in materia di contratti a distanza, deve essere interpretato nel senso che esso osta ad una normativa nazionale che consente al fornitore, nell'ambito di un contratto concluso a distanza, di addebitare le spese di consegna dei beni al consumatore qualora questi eserciti il suo diritto di recesso. L'assunto seguito dalla Corte si conforma a quanto già rimarcato dall'Avvocato Generale nelle proprie conclusioni, dove si è posto l'accento da un lato sulla circostanza che un eventuale addebito scoraggerebbe il consumatore dall'esercizio del proprio diritto di recesso e dall'altro sulla circostanza che siffatto addebito sarebbe atto a rimettere in discussione l'equilibrata ripartizione dei rischi tra le parti nei contratti conclusi a distanza, accollando al consumatore tutte le spese connesse al trasporto dei beni.

MB

La multa tedesca sconfinata

Nel prossimo futuro le multe tedesche potranno essere eseguite in via coatta oltre i confini nazionali. Sulla scorta della politica comunitaria, il governo federale tedesco ha avanzato una proposta di legge che richiede il reciproco riconoscimento delle multe tra gli Stati Membri (BT-DR 17/1288).

Pare vi sia tuttavia ancora una via d'uscita: in una causa decisa dall'Ufficio delle imposte di Amburgo, i giudici hanno esposto che l'esecuzione di un'ordinanza austriaca contrasta con la Costituzione, laddove sanzioni il proprietario e non il conduttore della vettura. In base al diritto austriaco – come peraltro avviene in Italia – il primo verrebbe punito per il fatto di non avere indicato il nominativo e l'indirizzo del conducente a cui ha lasciato la propria vettura. Tale comportamento contrasterebbe infatti con il divieto di autoaccusarsi così come con il diritto alla riservatezza della parte coinvolta (Ufficio delle Imposte di Amburgo 1 V 289/09, citaz. dal Financial Times Deutschland dd. 11.05. „Knöllchen internationale“).

Procedura fallimentare principale ed esecuzione in altri Stati

Come deciso dalla Corte di Giustizia dell'UE, in seguito all'apertura della procedura d'insolvenza, le autorità degli altri Stati Membri sono obbligati a riconoscere e dare esecuzione a tutte le decisioni rese in tale contesto. Conseguentemente, non potranno ordinare misure esecutive sul patrimonio del debitore fallito ove tale misura non sia prevista dall'ordinamento dello Stato in cui la procedura fallimentare principale si è aperta. (Sentenza dd. 21.01.2010 nella causa C 444/07).

Libertà di scelta del proprio avvocato in caso di sinistri di massa

Con sentenza dd. 10.09.2009 (causa C 199/08) la Corte di Giustizia dell'UE ha rafforzato la posizione dell'assicurato, assicurandogli il diritto di poter nominare un avvocato di fiducia anche in presenza di un sinistro di massa. La tesi dell'assicurazione tutela legale, in base alla quale in questi casi si sarebbe dovuto nominare un unico avvocato per contenere i costi, è stata respinta.

Obbligo d'informativa per i prestatori di servizio

La direttiva europea sulla prestazione dei servizi 123/2006 impone ora determinati obblighi d'informativa ai prestatori di servizi. Tale direttiva è stata attuata dal legislatore tedesco con apposita legge, la cd. Dienstleistungs- Informationspflichtenverordnung (DL-InfoV). Dal 17.05.2010 i prestatori di servizi sono tenuti ad informare i propri committenti. La normativa si applica anche agli avvocati. Nell'Anwaltsblatt 6/2010, (pagg. 419ss. P. Schons, Europas neuester Streich: „Informationspflichten für Anwälte“) si trova un catalogo con tutte le informazioni necessarie.

Ai sensi poi dell'articolo 21 della direttiva citata, gli Stati Membri sono stati obbligati ad informare sui presupposti richiesti per l'accesso e l'esercizio della professione in libertà di prestazione di servizio. In Germania tali informazioni sono reperibili sul sito www.portal21.de: cliccando sulla cartina dell'Europa il consumatore tedesco è in grado di verificare lo stato di attuazione della normativa europea.

A volte si trovano delle sentenze non condivisibili da un punto di vista di stretto diritto che rendono difficile se non impossibile all'avvocato spiegare al proprio cliente il motivo per cui esse siano obiettivamente contra ius. A fronte di tale realtà, la Libera Università di Berlino ha promosso un progetto di

ricerca volto a raccogliere le sentenze erranee. Sul sito www.watchthecourt.org si possono inviare e leggere questi singolari testi.

**Occhio alla corte**

DOLCE · LAUDA - PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienische Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienverkauf von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11. C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobiliarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Ständesrecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p.162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007, 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007, 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007

Herr Rechtsanwalt Dr. Dolce hat im Mai 2009 vor der deutsch-italienischen Juristenvereinigung einen Vortrag über „Immobilienerwerb in Italien“ (praktischer Leitfaden) gehalten. Der Vortrag ist über die Kanzlei info@dolce.de beziehbar.

Nel maggio 2009 l'Avv. Dolce ha tenuto una conferenza presso l'Associazione giuristi italo-tedeschi sul tema „L'acquisto di immobili in Italia“ (guida pratica). È possibile ottenere il testo della conferenza inviando richiesta allo Studio Legale a info@dolce.de.

DOLCE · LAUDA - NEUES · NOVITÀ

Dolce Lauda München

Wir haben ein Büro in München! Es liegt gegenüber der Theresienwiese und damit während des Oktoberfestes für unsere italienischen Mandanten zu Fuß erreichbar. Es steht aber auch ganzjährig Mandanten anderer Nationalitäten zur Verfügung.

Tagungen Bari und Lecce

Dolce Lauda hat am 29.05.2010 in Zusammenarbeit mit der Anwaltskammer Bari und den Kollegen Rocco Franco aus London und Sadreddine Rachid aus Paris ein Seminar zum Forderungseinzug in Europa veranstaltet. Die apulischen Kollegen konnten dabei die verschiedenen Verfahren in Italien, Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich vergleichen und erste Erfahrungen mit den einheitlichen europäischen Einzugsverfahren austauschen. Ein ähnliches Seminar am anderen Ende Italiens (Turin) ist für Oktober in Planung.

In der technischen Universität Lecce wurde mit der Anwaltskammer Lecce und in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Alberto Lotti ein Seminar zu neuen Entwicklungen im Europäischen Recht veranstaltet. U. a. sprach Avv. Rodolfo Dolce über den Stand der Rechtsprechung und Gesetzgebung zu der innereuropäischen Verlegung des Gesellschaftssitzes.

Dolce Lauda Monaco

Abbiamo aperto un ufficio a Monaco di Baviera! Esso si trova davanti alla Theresienwiese e pertanto facilmente raggiungibile a piedi per i nostri clienti italiani durante la Oktoberfest. Naturalmente esso rimane a disposizione tutto l'anno per clienti di altre nazionalità.

Convegni Bari e Lecce

Il 29 maggio 2010 Dolce Lauda ha organizzato, in collaborazione con l'Ordine degli Avvocati di Bari ed i Colleghi Rocco Franco da Londra e Sadreddine Rachid da Parigi, un seminario sul recupero credito in Europa. I Colleghi della Puglia hanno potuto comparare i diversi procedimenti in Italia, Germania, Francia e nel Regno Unito e svolgere le prime riflessioni sul procedimento unitario europeo di recupero del credito. Verso la fine di ottobre è in programma un simile seminario all'estremo opposto della penisola italiana (Torino).

Presso l'Università tecnica di Lecce si è tenuto un seminario, con la collaborazione dell'Ordine degli Avvocati di Lecce e dell'Avv. Prof. Lotti, inerente alle nuove evoluzioni nel diritto europeo: tra i vari interventi l'Avv. Rodolfo Dolce ha esposto l'attuale panorama normativo e giurisprudenziale in materia di trasferimento infracomunitario della sede sociale.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE UND NOTAR
AVVOCATI

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13 · email: dl.mi@libero.it

Corso Canalgrande 23 · I-41100 Modena
Tel: +39 059 22 55 78 · Fax: +39 059 21 05 54 · email: dl.modena@iol.it

Urbanstraße 28 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193 · email: stuttgart@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27 · email: info@dolce.de